

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND  
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE  
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

# BUND

## 6 Millionen fordern Arbeit!

Nun aber Arbeitsbeschaffung und aktive Konjunkturpolitik / Von Fritz Tarnow, M. d. R.

Wenn die Abrüstungsdebatten, die jetzt in Genf begonnen haben, sehr schnell zu einem brauchbaren Erfolge führen würden, und wenn auch die Reparations- und Kriegsschuldenfragen bereinigt wären, und wenn dann in einer neuen Atmosphäre des weltpolitischen Vertrauens die versteinerten Kapitalmärkte auftauen

wir von heute auf morgen nicht herauspringen können — muß aber erst einmal die Kaufkraft vergrößert werden, bevor wieder mehr Konsumgüter produziert werden können. Und deswegen muß es mit der Mehrbeschäftigung von Arbeitern den Anfang nehmen.

Nun wäre es nach der vorhandenen Sachlage ein halber Wahnsinn, den ohnedem weit

Geradezu trostlos sieht es in der Bauwirtschaft aus, obwohl mindestens an Kleinwohnungen ein großer Mangel ist. Die Vernachlässigung von Reparaturarbeiten, deren Durchführung vielen Arbeitern Beschäftigung geben würde, kostet viel mehr als durch die Unterlassung der Arbeiten erspart wird. Es liegen verschiedene Vorschläge für die Finanzierung solcher Arbeitsmöglichkeiten vor, und es muß dringend gefordert werden, daß hier etwas Durchgreifendes bald geschieht.

Alle diese Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung auf dem Gebiete der Erwerbs- und Verkehrswirtschaft und im Rahmen des üblichen Kreditverkehrs bedeuten jedoch noch nicht sehr viel, gemessen an den 6 Millionen, die nach Arbeit schreien. Sie müssen ergänzt werden durch die schleunige Inangriffnahme solcher Arbeiten, die nur volkswirtschaftlich, aber nicht betriebswirtschaftlich rentabel sind, und für die deshalb die Initiative nur von der öffentlichen Hand ausgehen kann. Dazu gehören vornehmlich die Verbesserung und der Bau von Straßen und Verkehrsbrücken. In früheren Zeiten war es hauptsächlich der Bau von Eisenbahnen, der Konjunktoren anfauchte. Die moderne Verkehrstechnik weist der Straße die Bedeutung zu, die früher den Schienen zukam, so daß sich ganz von selbst für eine aktive Konjunkturpolitik der Blick auf diesen Punkt lenken muß.

Jahr für Jahr werden ungezählte Millionen Werte durch Hochwasser vernichtet. Reich und Länder müssen hierfür als Entschädigung große Summen vergüten. Die Errichtung von Talsperren und Staudämmen wäre sicher für die Volkswirtschaft ein hoch-

rentables Geschäft und für den Augenblick ein ausgezeichnetes Mittel der Arbeitsbeschaffung.

Das eigentliche Problem der öffentlichen Arbeiten ist natürlich das der Finanzierung. Ist die öffentliche Hand nicht heute schon in einer so verzweifelten Finanzlage, daß selbst die normalen Aufträge nicht vergeben werden können? Das ist sicher richtig. Dabei ist es keineswegs so, daß etwa die öffentliche Hand stark überschuldet wäre. Die öffentlichen Schulden sind im Gegenteil — eine Folge der Abwertung durch die Inflation — heute noch geringer als in der Vorkriegszeit. Nur die Unmöglichkeit, irgendwo in der Welt, selbst bei ausreichender Sicherung durch vorhandene Sachwerte, langfristige Kredite zu bekommen, macht das Finanzierungsproblem so schwierig.

Schwierig heißt aber nicht unlösbar. Wenn nicht anders, wird man durch ganz neue Wege der Kreditpolitik zur Mobilisierung der sachlichen Produktionsfaktoren kommen müssen. Vorschläge auch dafür werden zur Zeit in den beteiligten Kreisen diskutiert, und irgendwie muß ein Weg gefunden werden, der aus dem höllischen Kreise der Wechselwirkung von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsschrumpfung herausführt.

Entscheidend ist die Erkenntnis, daß wir nicht länger auf den automatischen Umschwung der Konjunktur warten können, daß die ökonomischen Grundlagen der Existenz nicht nur der Arbeiterklasse, sondern des ganzen Volkes gefährlich bedroht sind, wenn nicht durch eine aktive Konjunkturpolitik mit dem Mittel der Arbeitsbeschaffung in den eingestauten Wirtschaftsapparat eingegriffen wird.

## 35 000 Porzellanarbeiter

leiden furchtbar unter der Krisennot. In vielen Orten liegen Fabriken völlig still.

Von 50 000 sind 20 000 arbeitslos, 15 000 arbeiten verkürzt

und zwar bis zu acht Stunden in der Woche. In den Familien der Betroffenen sieht es trostlos aus. Diese können ihre bedeutenswerten Lage kaum noch ertragen. Die wirksamste Hilfe für sie wäre Beschäftigung und Verdienst. Sie herbeizuschaffen, ist Pflicht der Unternehmer und der Regierung.

Die 35 000 durch die Krise schwer geschädigten Porzellanarbeiter und Porzellanarbeiterinnen fordern:

**Arbeitsbeschaffung auf beschleunigtem Wege!**

und schließlich auch die internationalen Handelsbeziehungen wieder im Geiste der Zusammenarbeit hergestellt würden — wenn das alles demnächst hintereinander abrollen würde, dürfte man hoffen, daß auch in unserer Wirtschaft der Umschwung nicht ausbleibe.

Es sind aber zu viele Wemms dabei und ihre Erfüllung ist in absehbarer Zeit gar zu unwahrscheinlich, als daß man sich länger damit begnügen könnte, ausschließlich auf diese Lösung zu starren. Der Einschrumpungsprozeß geht immer noch weiter. Das gewaltsame Köpfen der Masseneinkommen durch die sinnlose Deflationspolitik konnte, wie vorauszusehen, gar kein anderes Ergebnis haben. Dazu kommt nun auch noch die Abdrosselung unseres Exports durch handelspolitische Kriegsmaßnahmen überall in der Welt, wodurch bei uns ein neuer Zugang an Arbeitslosen unvermeidlich auftreten muß.

So ernst diese Aussichten sind, so liegt doch noch lange kein Grund vor, sich einer Weltuntergangsstimmung hinzugeben. Nur ist es allerdings höchste Zeit für die Erkenntnis, daß es mit dem bloßen Abwarten jetzt vorbei sein und daß unverzüglich eine zielbewußte aktive Konjunkturpolitik in Angriff genommen werden muß. Wir können selbstverständlich von Deutschland aus die Weltkrise nicht überwinden, auch ihren Auswirkungen können wir uns nicht entziehen. Wir könnten aber trotz Weltkrise ein weit größeres Wirtschaftsvolumen haben, wenn durch eine vernünftige Organisation wenigstens diejenigen Produktionsfaktoren zusammengebracht würden, über die wir selbständig in der Volkswirtschaft verfügen.

Konjunkturpolitik heißt Arbeit beschaffen. Nicht Notstandsarbeiten und Arbeitsdienst, sondern produktive Arbeit. Weil aus der Privatwirtschaft heraus die erforderlichen Arbeitsaufträge nicht anfallen, müssen sie von öffentlichen Stellen systematisch aufgesucht und weitergeleitet werden. Wenn die Privatwirtschaft keine Arbeit findet, heißt das ja nicht, daß keine da wäre. Nichts wäre leichter, als die Verbrauchsgüterindustrie in Bewegung zu setzen, wenn es nur auf einen vorhandenen Bedarf ankäme. Nach den Regeln unseres Wirtschaftssystems — aus den

übersetzten Produktionsapparat noch mehr zu vergrößern. Tatsächlich rührt der Mangel an Unternehmungslust, der so oft kritisiert wird, auch mit daher, daß es an geeigneten Objekten dafür zu fehlen scheint. Trotz aller Kapitalnot, trotz Kapitalflucht, haben sich heute schon wieder bei den Banken liquide Geldreserven angesammelt, die untätig dort liegen, weil es an geeigneter Nachfrage fehlt. Auch die Reichsbank könnte nach ihren letzten Ausweisen den normalen Handelskredit noch wesentlich ausweiten, und es ist ein offenes Geheimnis, daß sie heute nicht so viel Kreditnehmer bekommen kann, wie sie Kredite vergeben möchte. Vielleicht kann auch ein Teil der Auslandskredite, die in Deutschland frei werden, aber auf Grund des erneuerten Stillhalteabkommens in das Ausland nicht abgeführt werden können, für Beschäftigungsmöglichkeiten im Inland verwertet werden.

Daß die vorhandenen Kreditmöglichkeiten nicht ausgenutzt werden, liegt allerdings zu einem Teil auch daran, daß sie nur kurz- oder höchstens mittelfristig zu haben sind, während für Investitionen langfristige gebraucht werden. Eine Reform des Kreditwesens — wofür der vielbesprochene Wagemann-Plan einen gangbaren Weg zu weisen scheint — könnte diese Schwierigkeit sicherlich wesentlich mildern. Zum mindesten für die Ausschöpfung der erreichbaren Kredite fehlt es nicht an Betätigungsmöglichkeiten, die auch den privatwirtschaftlichen Ansprüchen an Rentabilität und Sicherheit genügen. Bei der allgemeinen Geschäftsunlust bedarf es aber eines organisierten Druckes, um die Initiative auszulösen. Bei der Reichsbahn liegen bereits umfangreiche Projekte für Elektrifizierungen und für Verstärkung des Oberbaues und der Brücken zwecks Indienststellung von Großraumgüterwagen vor. Auch die Reichspost hat Aufträge, namentlich auf dem Schwachstromgebiete, vorbereitet. Es kommt nicht darauf an, ob diese Arbeiten im Augenblick dringend sind. Auf längere Sicht sind sie notwendig und auch rentabel, und niemals kann es wichtiger sein, sie für Arbeitsbeschaffungszwecke heranzuziehen als im Augenblick.

## 40 000 Glasarbeiter brauchen Arbeit!

Von 90 000 einst in der Glasindustrie Beschäftigten haben

**40 000 keinen Arbeitsplatz**

mehr. Sie stehen als Arbeitslose untätig vor den Fabrikatoren. Ganze Orte wie Rauscha, Brand-Erbisdorf, Radeberg, Porta, Stadthagen, Pirna, Gießhübl, Masserberg, Steinbach sind wirtschaftlich tot, weil die Hütten schließen mußten.

Unter den 40 000 Arbeitslosen der Glasindustrie sind viele qualifizierte Arbeitskräfte, deren Untätigsein volkswirtschaftliche Verluste von hohem Ausmaße bedeuten. Dieser Zustand ist industrieschädigend. Er muß beseitigt werden. Es muß zum mindesten neben der Arbeitsbeschaffung eine

**gerechtere Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten wie sie die Gewerkschaften fordern, herbeigeführt werden, wenn eine Katastrophe vermieden werden soll.**

Regierung, Unternehmer und Öffentlichkeit haben die vordringliche Pflicht, alles daranzusetzen, um die zur Hälfte darniederliegende Produktion wieder in Gang zu bringen und die brachliegenden Arbeitskräfte wieder zu beschäftigen.

**Schafft Arbeit her!**

## Über 6 Mill. Arbeitslose

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung hat ihren Bericht über die Arbeitsmarktentwicklung im Reich in der zweiten Januarhälfte vorgelegt. Der Bericht besagt im wesentlichen: Die Arbeitslosigkeit hat in der Zeit vom 16. bis 31. Januar erheblich langsamer zugenommen als im vorigen Berichtsabschnitt; sie überschritt jedoch zum erstenmal die Sechsmillionengrenze. Die Zahl der bei

den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen, die den einzigen statistisch zuverlässigen Maßstab für den Umfang der Arbeitslosigkeit darstellt, belief sich am 31. Januar auf rund 6 041 000. Sie ist gegenüber dem 15. Januar um rund 75 000 gestiegen, während die Zunahme in der ersten Januarhälfte rund 298 000 betragen hatte. Im Vorjahr stieg die Arbeitslosenzahl in der zweiten Januarhälfte rund 122 000, blieb damit aber noch nahe unter 5 Millionen (4 887 Millionen).

# Abrüstungskonferenz

Die Völker nützen und stützen unter den schrecklichen Folgen des Weltkrieges, der letzten Endes auch die katastrophale Weltkrise nach sich zog. Aber die Regierenden scheinen nichts aus den Geschmüssen gelernt zu haben. Noch sind die Wunden noch nicht geholt, noch künden Millionen Kriegsverletzte von den Grausamkeiten des Krieges, da stoßen in Asien zwei Staaten, Japan und China, zusammen. Ohne Kriegserklärung nimmt Japan mit seinen Truppen unter vorlustreichen Gefechten China die Mandschurei ab, beschließt die Hafenstadt Schanghai und droht mit weiteren Gewaltmaßnahmen dem großen Reich. Das geschieht trotz aller Verträge.

Auch um Deutschland herum gibt es mit Ausnahme der nördlichen Staaten ein Welterstern. Frankreich ist die stärkste Militärmacht der Welt, seine Grenzen sind bestückt von Süden nach Norden. Andere Staaten machen es nach und militarisieren bereits ihre Schuljugend. Man gibt an, um des Friedens willen. So widerspruchsvoll ist die Welt.

Um mit dem Munde die Friedensliebe zu bezugen, kommen die Vertreter der auferstehenden und waffenstrotzenden Staaten zusammen und halten monatliche Abrüstungskonferenzen ab. Im Hintergrunde stehen die Rüstungsinteressenten und Geschäftsmacher sowie die Militärs, denen es um Profit und Stellung, um Macht und Einfluß zu tun ist. Kann auf diese Weise etwas zustande kommen?

Die Völker wollen in ihrer Mehrheit sicher den Frieden, aber ihre Vertreter sind ja in Genf nicht maßgebend. Auch die Arbeiterinternationalen meinen es ehrlich bei ihren Friedensbestrebungen. Sie haben das oft genug laut und deutlich zu erkennen gegeben. Aber die entscheiden ja nicht mit. Deshalb geht es auch nicht vorwärts in Genf.

Einige Staatsvertreter haben dort schon gesprochen, wie Tardieu, Grandi, Dr. Brüning, Litwinow u. a. Sie gaben ihren Abrüstungswitten zu erkennen, aber jeder anders. Was mag wohl dabei herauskommen?

Man hatte gehofft, bei dieser Gelegenheit würden auch Verhandlungen zur politischen Bereinigung Europas geführt, weil die Konferenz in Latsana nicht zustande kam, aber es sieht noch keineswegs so aus. Die politischen Verhältnisse bleiben weiter unklar und verwirrt, und die Krise nimmt weiter ihren verhängnisvollen Lauf. Die Völker sind auch fernhin ein Spielball in den Händen der Machthaber und müssen die Opfer bringen für eine Politik, die der Welt wahrlich nicht zum Segen gereicht.

Es muß noch viel Aufklärung in die breitesten Volksschichten gebracht werden, ehe die Menschen soweit kommen, daß sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, die wirkliche Abrüstung und den tatsächlichen Frieden herbeiführen.

# Auswanderung

Vielen Landeskindern werden die Grenzen zu eng. Sie wandern in die Welt hinaus, um ihr Glück zu versuchen. Die Auswanderung von Deutschen nach Übersee betrug in den letzten beiden Vorkriegsjahren 18 000 bzw. 25 000. In den Inflationsjahren von 1921 bis 1923 schnellte die Entwicklung von 24 000 auf 115 000 hinauf. Mit 65 000 Personen erreichte die Nachinflationsziffer im Jahre 1925 ihren Höhepunkt. Von 1927 bis 1930 entwickelte sich die Auswanderung nach Übersee wie folgt: 61 600, 57 000, 45 000, 37 000. Im Jahre 1931 rechnet man mit einer Auswanderung von 15 000 Personen. Bestände in Übersee nicht die Einwanderungssperre, so würde die Auswanderung viel höher sein. Aus diesem Grunde ist auch die inner-europäische Auswanderung ziemlich stark. In den Jahren 1926 bis 1929 wanderten nach anderen europäischen Ländern zusammengekommen 59 000 Deutsche aus, dagegen im Jahre 1930 allein 40 000, im Jahre 1931 sogar 60 000. Diese Zahlen liefern einen deutlichen Beweis dafür, daß der Wanderungstrieb durch die wirtschaftlichen Verhältnisse sehr gefördert wird. Er kann sich jedoch nicht voll auswirken, weil überall Schlagbäume in Gestalt scharfer gesetzlicher Bestimmungen bestehen, die die Arbeitskräfte nicht hinüber und herüber fließen lassen.

# Harzburger Kleinkrieg

Uns wird geschrieben: In Pommern bieten augenblicklich die Nazis und Deutschnationalen uns Republikanern ein Schauspiel dar, das uns die Brüchigkeit der nationalen Front in vollster Größe aufzeigt. — In einem Flugblatt werfen die Nazis Herrn v. Rohr, dem Vorsitzenden des Pommerschen Landbundes, vor, daß er, entgegen seiner eigenen dem Landbund diktierten Grundsätze, bei Versteigerungen nicht auf dem Lande zu bieten, bei einer Versteigerung in Trittelwitz selber geboten habe. Herr v. Rohr bestreitet dies nicht, gibt aber in einer der Öffentlichkeit übergebenen Erklärung an, für eine alte Dame auf die Eigenhypothek geboten zu haben. Das aber gestatte der Landbund. — Wie heißt doch der in der Öffentlichkeit immer hinausposaunte Grundsatz der Landbündler: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. — Dieser Grundsatz gilt nur für die Bauern, nicht für Herrn v. Rohr, als ihren Führer. — In dem Flugblatt werfen die Nazis weiter v. Rohr vor, er versuche, in die Nazi-Partei zu kommen. Es heißt dazu wörtlich: „Für uns ist Herr v. Rohr erledigt. Das ist der Einzige, der die Hakenkreuz-Partei lieber als Herr v. Rohr, der sogar im Winter polnische Schächter beschäftigt, deutsche Arbeiter aber entläßt.“

Herr v. Rohr ist über die Offenheit seiner Freunde aus dem rechten Lager erbost. In einer den Zeitungen übergebenen Erklärung gibt er zu, in vielen Dingen den Nazis gleichgesinnt zu sein, aber vor einem Eintritt in die NSDAP bewahre ihn die übertragene Führerpersönlichkeit Hugenburgs über alle anderen nationalen Führer. Weiter erhebt ihn die Unwahrscheinlichkeit und Gemeinheit der

Unterführer in der NSDAP, ab. Aber die unentschiedene Haltung der Nazis zu den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden sei nicht geeignet, ihn für die Nazis zu bekehren. — Im Zuckerrübenbau bespätigte er noch polnische Schächter, da er deutsche Arbeiter nicht bezahlen könne. Der deutsche Arbeiter könne nicht so billig arbeiten wie die Polen. Aber, so fügt Herr v. Rohr hinzu, er erhalte vom Stahlhelm Berlin im Frühjahr deutsche Arbeitskräfte zugewiesen. Auch aus einem nationalsozialistischen Umschulungslager werde er Arbeitskräfte heranziehen. — Wir in Pommern leben und arbeiten als Gewerkschafter nicht zu den Arbeitsbedingungen des Herrn v. Rohr. In einer Anzahl pommerscher Ziegelleien haben die Herren des Landbundes Vorstandsämter und Aufsichtsratsposten inne. Sie werden auch hier ver-

# Erdrückende Produktionslasten

In zahlreichen Reden, Schriften, Kundgebungen, in Eingaben an die Regierung drängen und drängen die Unternehmer auf Senkung der Produktionskosten. Nur auf diesem Wege sei die Wirtschaft wieder zu beleben. Nur so die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Dabei hat man immer allein die Lohn- und die damit in Zusammenhang stehenden Sozialkosten im Auge. Aber es gibt noch andere, schwerwiegende Produktionskosten, von denen man nicht redete, die man nicht abbauen will. Wir meinen das durch kapitalistische Fehlleitungen, unsinnige Rationalisierung, durch übermäßige Vergrößerung des Produktions- und Vertriebsapparates, durch kostspielige Modernisierungen usw. „tot“ gemachte, verwirrschaftete Kapital, das sich auf Milliarden berechnet. Aber über diese unproduktiven Produktionskosten, einen Schuldteil der kapitalistischen Wirtschaftsführung, schweigen sich die amtlichen Kundmachungen aus, die uns wohl erzählen, daß alle Volksgenossen Opfer bringen müßten, nach dieser Richtung jedoch noch keine Aktivität fühlbar werden ließen. Und das Unternehmertum selbst behandelt diesen Punkt wie ein Kräutchen Rührmichnichten. Nur die Arbeiterpresse beschäftigte sich eingehender mit dem in der Großindustrie „getöteten“ Kapital, und forderte notwendige Sanierung durch Kapitalzusammenlegungen. Um das Opfer, das die Arbeiterschaft schon bringen mußte, zu verkleinern, verwies Herr Arbeitsminister Stegerwald gelegentlich auf eine Vorschrift — in Aussicht —, die die neue Bilanzanstellung anordne, die das Gesellschaftskapital um mehr Milliarden herabsetze, als die Arbeiterschaft durch Lohnkürzungen eingebüßt habe. Als ob solche Vergleiche überhaupt akzeptabel wären. Den Arbeitern, die für die Krise wahrlich in keiner Weise verantwortlich sind, hat man den Brotkorb höher gehängt, vielfach so hoch, daß er kaum noch erreichbar ist; das Unternehmertum soll schlimmstenfalls das durch seine Schuld verwirrschaftete Kapital abschreiben. Aber wir haben von der erwähnten Seite schon manche Ankündigung gehört, die noch der Erfüllung harret; ja wir erleben, daß das Gegenteil Ereignis wurde. Es sei da nur an die wiederholten Versicherungen erinnert, daß mit dem Lohnabbau Schluß gemacht werden müsse, daß das Tarifwesen nicht angegriffen, die Sozialversicherung gerettet werden solle. Eine gewisse Skepsis erscheint da auch wohl mit Hinsicht auf die angekündigte Neubilanzierung gerechtfertigt. Zudem: wenn durch Gesetz die Reduktion des Anlagekapitals auf den Wert der Betriebsanlagen nach dem Stande des jetzigen Produktionsumfanges und Weltmarktpreises angeordnet und durchgeführt würde, dann wäre das doch erst eine halbe Maßnahme, wenn sie nicht alle gesellschaftlichen und Einzel-Unternehmen umschloße.

Es ist nämlich durchaus falsch, anzunehmen, totes Kapital belaste in nennenswertem Umfange lediglich die Großindustrie, deren Produktionsapparat um 50 Prozent und mehr brach liegt, ohne Aussicht darauf, die ganze Betriebskapazität jemals voll auszunutzen zu können. Zum großen Teil ist in den Klein- und Mittelbetrieben fast aller Gewerbe das Mißverhältnis zwischen produktionslosem und produktiv genutztem, fest angelegtem Kapital ebenso groß oder noch größer als in der Großindustrie. In den Jahren des auf dem Kunst- dänger sehr hoch zu verzinsenden Kredite aufgezuchteten flotten Geschäftsganges, haben auch die Klein- und Mittelunternehmen mit dem teuren Kapital, teils vorsichtiger, teils aber auch geradezu in unsinniger Weise Modernisierungen vorgenommen. Manche ließen sich zu kostspieligen Einrichtungen, zu Neuanlagen und Repräsentationen verleiten, die nicht einmal für die damalige Geschäftslage

suchen, die Arbeitsbedingungen so zu verschlechtern, wie Herr v. Rohr es in seiner Offenheit sagt.

Die Nazis aber werden dann v. Rohr trotz ihres Gehehsatzes, den sie künstlich aufbauschen, beispringen. Wir sind davon überzeugt, daß die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, im besonderen die Zielgearbeiterschaft, weiß, woher der Wind weht und ihre Maßnahmen danach trifft. Die „Eisernen Front“ wird auch in Pommern den Junkern und Nazis ein Halt zurufen. Pflicht eines jeden Arbeiters ist es, sich enger an die Gewerkschaft anzuschließen, im gleichen Schritt mit den organisierten Kollegen zu schreiten gegen die Harzburger Front. „Eisernen Front gegen die sich im Kleinkrieg selber zerstörende „Harzburger Front“, das ist für die nächste Zukunft unsere Parole. H. Koilholz.

rentabel erscheinen konnten. Man rechnete einfach mit einer Dauerkonjunktur bei flott steigendem Umsatz. Das waren Dispositionsfehler, denn schon ein Absteigen von der damaligen Zinshöhe für Leihgelder mußte die Ansicht verschütten, die Neuanlagen rentabel gestalten zu können. Die Unrentabilität mußte unabwendbar Ereignis werden, wenn der Geschäftsgang — Produktion und Umsatz — sich nur auf der damaligen Höhe hielt. Unvermeidlich daher Katastrophen, Zusammenbrüche, Konkurse, Betrügereien und die wahnsinnige Hatz, mit Lohnkürzungen, Steuererlassen etc. einen Ausgleich für die durch falsche Spekulationen verschuldeten Einbußen zu finden, als die Konjunktur abflaute, weiter und weiter Produktion und Umsatz einschrumpften, um so schärfer ausschreitend abtackte, je toller man es mit dem Lohn- und Sozialabbau trieb.

Nun gibt es massenhaft Betriebe, deren Geschäftsumfang auf 30 Prozent und weniger ihrer Leistungsmöglichkeit abgestürzt ist. Aber alle Unternehmen, die sich mit teuren Krediten aufgeläut haben, sitzen nun auf den Neuanlagen etc. wie auf wirtschaftlichen Gräbern fest. Meist sind sie nicht mal als Altmaterial zu verwerten. Jedoch, der drückende, die Restproduktion resp. den Restumsatz außerordentlich schwer belastende Zinsendienst bleibt. Gewiß ist diese Belastung je nach Unternehmen und Gewerbe sehr verschieden, aber in ihrer Gesamtwirkung zweifellos ungemein produktionshemmend und krisenverschärfend.

Ein Irrwahn, anzunehmen, diese tote Last könne durch Senkung des Lohnkostenanteiles ausbalanciert werden. Mit solchen Versuchen wird nur Konsum und Produktion weiter abgedrosselt, die Lage der meisten Unternehmen noch ungünstiger gestaltet. Diese Tatsache müßte die Folgen der seit einnahm Jahren betriebenen Praxis der Lohnkostenenkung ausreichend eingeleuchtet haben. Was sie ganz sinnig bewirkte, das war dies: Erhebliche Verschärfung der sozialen Not in Millionen von Familien, besonders bei den Arbeitslosen, Sozialrentnern, den niedrigst entlohten Arbeitern und Angestellten. Beibehaltung der Wirtschaft mit gesteigerten Ausgaben für Unterstützungsempfänger, mit Verkleinerung der Produktion und des Umsatzes die entsprechende Vergrößerung des brach liegenden Betriebsteiles, sowie des immer weiter Zinsen fressenden toten Kapitals. Und für den Staat brachte sie ein Abstoppen der Steuereingänge, bei fortgesetzter Steigerung der Ausgaben.

Trotz aller eindringlichsten Lehren über die ruinösen Folgen der Konsumdrosselungs- politik, durch Lohnabbau, will das schwerere wirtschaftliche Fehler überführte Unternehmertum den verhängnisvollen Weg immer noch nicht verlassen. Um so entschiedener muß die gesamte Arbeiterschaft von der Regierung fordern, daß sie mit allem Nachdruck auf eine Befreiung der Wirtschaft von den unproduktiven Gesteuerungskosten hinwirkt. Alle ernsthaften, objektiv urteilenden, nicht unmittelbar interessierten Wirtschaftler werden ihr bestätigen — was sie sicher selbst längst weiß — daß die Wirtschaft nicht durch weiteren Lohnabbau, wohl aber mit dem hier geforderten Mittel belebt werden kann.

An diesem Punkt muß der Hebel angesetzt werden. Die Regierung, bisher immer nur stark gegen die Arbeiterschaft, hat die Pflicht, die einer vernünftigen, aufwärtsführenden Wirtschaftspolitik und notwendiger staatlicher Eingriffe in das anarchische Getriebe, unter privatkapitalistischer Diktatur, sich entgegenstimmenden Widerstände zu überwinden. Energische Senkung der unproduktiven Gesteuerungskosten ist am Platze. W. D.

# Der Hauptfeind der RGO

Der derzeitige Führer der RGO, und kommunistische Abgeordnete Dahlem verkündete in einer Funktionärskonferenz der RGO, und der „roten Verbände“ als deren wichtigste Aufgabe:

„Heute muß es möglich sein, vor den Massen den Schwindel der „Eisernen Front“ zu entlarven. Der Hauptfeind der Arbeiter in ihrem Kampf gegen die Unternehmer und den faschistischen Regierungskurs ist die Sozialdemokratie und der A D G B. Der Hauptstoß der RGO, muß deshalb im Betrieb und überall gegen die SPD, und gegen den Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie gerichtet sein. Der Kampf gegen den Sozialfaschismus ist gleichzeitig das beste Mittel zum Zurückschlagen des Hitler-Faschismus.“

Dahlem schlägt den kommunistischen Arbeitern in seinem krankhaften Haß gegen die Gewerkschaften vor: Zerstört die Gewerkschaften, und ihr schlagt damit den Hitler-Faschismus. Ob es tatsächlich so dumme Kommunisten um RGO-Leute gibt, die Dahlems Weisheit glauben? Wir möchten das wirklich bezweifeln. Die Arbeiterschaft kann aber aus dem Hezgerede Dahlems erkennen, daß es dieser Seite aus die Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft zu tun ist. So etwas soll nun Politik und der Arbeiterschaft dienlich sein. Wer den Arbeitern so etwas vorschwindelt, sollte wahrlich von seinen eigenen Anhängern gestürzt werden.

# Neuer „Sieg“ der RGO

Wenn man den Inhalt der kommunistischen Presse verfolgt, so sieht es aus, als können sich die Gewerkschaften vor der Massenflucht ihrer Mitglieder nicht mehr retten, alles läuft zur alleinseligmachenden RGO, und diese heftet Sieg auf Sieg gegen das kapitalistisch versuchte Unternehmertum an ihre Fersen. Wie solche Siege aussehen, dafür nachstehendes Beispiel:

In der Papierfabrik von Jagenberg in Solingen ist es der RGO, nach monatelangen Bemühungen endlich gelungen, die Leute in den Streik zu hetzen. In dem Betrieb, der übrigens wegen mangelnder Aufträge seit längerer Zeit verkürzt arbeitet, sind 170 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Der Streik begann am 14. Januar. Es wurde oder vielmehr sollte so lange gestreikt werden, bis „die Firma zu Kreuzen kriechen und allen Lohnabbau zurück nähme.“

Nach 14tägiger Streikdauer war die Geschichte zu Ende, und alles wollte wieder in den Betrieb. Der „Sieg“ der RGO, besteht darin, daß es der Firma gelungen ist, etwa 40 Arbeitswillige zu bekommen, zumeist Nazis, die sitzen im Betrieb drin, erhielten außerdem zum Tariflohn eine Zulage von 20 Prozent. Dafür werden 40 von den Streikenden nicht wieder eingestellt. Die Arbeit wird zu den durch die Notverordnung festgesetzten Lohnsätzen aufgenommen. Die Leute haben ihre alten tariflichen Rechte auf Urlaub usw. verloren, sie gelten als neu eingestellt. Die KPD-Presse schrieb von dem Kampf der Papierarbeiter gegen Notverordnung und Lohnabbau, der siegreich zu Ende geführt wird. Wo der Sieg und überhaupt alle Siege der RGO, aussehen, beweist der Streik in Solingen. Doch so geht es überall: Man wundert sich nur, daß es immer wieder Arbeiter gibt, die auf so etwas hereinfallen, sietemalen die Arbeiterbewegung doch seit Jahrzehnten eine ungeheure Aufklärungsarbeit geleistet hat.

Werden denn die Dummen gar nicht alle? H. Wirth.

# Fürsteneinkommen

Der Rechtsausschuß des Reichstags nahm kürzlich die Einzelberatung des sozialdemokratischen Antrags auf Neuregelung der Fürstenabfindung auf.

Die Darstellung, die der Vertreter des Reichsinnenministeriums über das von den Ländern eingegangene Material gab, brachte geradezu ungläubliche Tatsachen ans Licht. Noch immer werden an die ehemaligen Fürsten und zum Teil an weit entfernte Verwandte Renten gezahlt. In Württemberg von 50 000 bis 70 000 RM, in Mecklenburg-Schwerin fünf Renten im Gesamtbetrag von 91 990 RM, in Lippa vier Renten von 51 000 RM neben einer Aufwertungsforderung von 1 Million. In Schaumburg-Lippe lasten auf den 46 000 Einwohner Renten- und Pensionsansprüche von 171 000 RM, zum Teil bis zum Jahre 1946. In Thüringen muß in Sachsen-Weimar-Eisenach eine auf 33 Proz. aufgewertete Rente von 100 000 RM gezahlt werden; in Sachsen-Meiningen eine 100 Prozent aufgewertete Rente von 495 000 RM und für Schwarzburg sind acht Renten im Betrag von 124 000 RM, wovon drei Renten erblich sind, zu entrichten.

Namens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erklärte Abg. Wagner, daß das vorgetragene Material den Wunsch des Volkes auf Aufhebung der Renten für die ehemaligen Fürsten völlig rechtfertige. Man stelle sich vor, daß die von dem Lande Mecklenburg-Strelitz von 110 000 Einwohnern allein an die montenegrinische Prinzessin zu zahlende Summe von 50 000 RM plus 8 Proz. Zinsen seit 1925 eine regelrechte harte Kopfsteuer bedeute. Auf eine Arbeiterfamilie von fünf Köpfen entfielen 25 RM Beteiligung an dieser fürstlichen Belastung des Landes. Nach dem vorgebrachten Material könne man unmöglich weiter die Behauptung wiederholen, daß die Sozialdemokratie einen unbegründeten Antrag eingebracht habe. Es wird Zeit, daß sich das Volk näher mit diesen Ungerechtigkeiten befaßt.

# Versicherungsleistungen der Volksfürsorge 1931

Die Leistungen der Volksfürsorge für Versicherungsfälle erreichten im Jahre 1931 insgesamt über 3,8 Millionen Reichsmark. — Die Summe verteilt sich auf 10 213 Sterbefälle.

# Schandtaten der Nationalsozialisten

Statistik aus 2 Jahren.

Bisher wurden beachtet:

- 500 Gewalttaten
- etwa 3200 Schwere und Leichtverletzte als Blutopfer des deutschen Faschismus
- 32mal Hakenkreuzschläger wurde bei verhältnismäßig geringen Strafverfolgung beachtet, und in 53 Fällen größtenteils kriminell Verurteilte die Täter waren, von ihnen 3 über 20mal, 5 über 10mal, 10 über 5mal, 35 ein- und mehrmals.
- In 32 Fällen hatten die Gewalttaten ausgesprochen unpolitische Motive, wie Raub, Eifersucht usw.
- In 23 Fällen wurden die Überfallenen bestohlen.
- 2mal gingen die Überfälle lediglich um Erlangung von Sieges-trophäen, wie Fahnen, Abzeichen usw.
- In 3 Fällen wurden angebliche gemerische Überfälle erfunden, um

im Ansehen zu steigen, in 2 Fällen, um die SA-Rente zu erlangen.

- Nachweisbar dienten 5 Gewalttaten der persönlichen Rachebefriedigung, in 5 Fällen wurde die SA zu ausgesprochenen persönlichen Zwecken ihrer Führer eingesetzt.
- 58mal konnte einwandfrei eine Bewaffnung festgestellt werden, darunter allein 166mal der Besitz von Schusswaffen bis zum Maschinengewehr. 9 Waffenlager wurden ausgehoben, 5mal wurde der Besitz von Sprengstoffen festgestellt.
- 42mal wurden systematisch sozialdemokratische, 39mal andere Versammlungen gesprengt, 5mal erfolgten Angriffe auf die Referenten.
- 26mal erfolgten Überfälle auf Volks-, Gewerkschafts- und Konsumvereinshäuser, 19mal auf gemerische Zeitungen, 5mal auf gemerische Zeitungverkäufer, 11mal auf Presseberichterstatter und Redakteure.



### Aus der Tafelglasindustrie

In Nr. 3 der Zeitschrift der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände befindet sich ein kritischer Bericht über die Januarsitzung 1932 des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes. Bemängelt wird, wie auch früher schon, daß Anträge der Arbeitgeber nicht durchgekommen sind, währenddem Anträge der Arbeitnehmer resp. einiger Regierungen durch Annahme sogar zur Erweiterung der Tagesordnung für die Arbeitskonferenz des Jahres 1933 geführt haben.

Man hält die Frage der internationalen Regelung der Rubepausen und des Schichtwechselsystems in den automatisch kontinuierlich arbeitenden Tafelglasfabriken der Welt für keine irgendwie dringlich geartete Frage der Allgemeinheit. Es habe aus diesem Grunde keine Veranlassung vorgelegen, diese Frage auf die Tagesordnung der Arbeitskonferenz 1933 zu setzen.

Die Arbeitgeber gehen sogar so weit, dem Internationalen Arbeitsamt Mißbrauch seines sozial-politischen Charakters vorzuwerfen. Daß die Arbeitgeber bei Fragen der Arbeitszeitverkürzung in wirtschaftlicher Unvernunft oftmals ungerecht handeln, ist in der Öffentlichkeit bekannt. Diese Ungerechtigkeit bekommt aber die Krone durch den kritischen Bericht in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ aufgesetzt.

Houto wehrt man sich offensichtlich gegen die beabsichtigte internationale Regelung der Arbeitszeiten und des Schichtensystems in der mechanischen Tafelglasindustrie, währenddem man noch vor einigen Monaten bei Behandlung der gleichen Frage auf Grund der 2. Notverordnung vom 5. Juni 1931 im Reichsarbeitsministerium eine Regelung für die deutsche Glasindustrie unter Hinweis auf die zu erwartende internationale Regelung ablehnte. Als Wortführer für diese ablehnende Haltung trat neben dem Wirtschaftsvorstand der Tafelglasindustrie sogar ein Vertreter der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände auf. Wir machen hiermit in der Öffentlichkeit auf die zwiespältige Haltung der deutschen Arbeitgeberverbände aufmerksam und erwarten, daß auf Grund dieser Tatsache das Reichsarbeitsministerium erneut in der zurückgestellten Angelegenheit eingreift.

Die Vordringlichkeit der Arbeitszeitregelung für die mechanische Tafelglasindustrie zur internationalen Regelung wird im „Arbeitgeber“ bestritten. Dabei werden Zahlen veröffentlicht, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen.

Die Mechanisierung der Tafelglasindustrie hat innerhalb von fünf Jahren in Europa rund 40 000 erstklassige, qualifizierte Facharbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet und dem Elend preisgegeben. In den modernen Betrieben der mechanischen Tafelglaserzeugung Europas beschäftigt man nur noch rund 25 000 Arbeitnehmer, die man hauptsächlich als „Angelernte“ bezeichnet. Davon sind in kontinuierlicher Arbeit mit 56stündiger Arbeitswoche rund 50 Prozent tätig, so daß die Einführung einer vierten Schicht die Möglichkeit bieten würde, etwa 3200 Arbeitnehmern erneut Brot und Lohn zu geben, bei den jetzigen Arbeitsmarktverhältnissen ein nicht zu unterschätzender Erfolg. Es ist einer neuen Industrie, bei 50prozentiger Steigerung der Produktion und wesentlicher Verminderung der Belegschaftsziffer und Sinken des Lohnanteiles von 45 auf 25 Prozent der Gesamtgestehungskosten, unwürdig, 56 Stunden pro Woche für kontinuierlich Beschäftigte arbeiten zu lassen.

Der Verwaltungsrat in Genf hat mit der Annahme der Arbeitszeitfrage für die Glasindustrie bewiesen, daß es heute notwendiger denn je ist, sozial- und arbeitsmarktpolitische Fragen als „vordringlich“ zu bezeichnen. Für die Opfer der Rationalisierung und Mechanisierung müssen alle Wege beschritten werden, die zur Erreichung derselben in den Produktionsapparaten führen. Dazu gehört auch die Einführung des Vierschichtensystems für kontinuierlich arbeitende Industrien und für die einschichtig Beschäftigten gemäß der internationalen Vorschläge des IGB. und des IAA. auf Einführung der 40-Stundenwoche. Diese Arbeitszeitregelungen müssen trotz der unvernünftigen Einwendungen der Arbeitgeber zwangsläufig sich durchsetzen, wenn die bestehende strukturelle Weltwirtschaftskrise überhaupt noch einmal einigermaßen überwunden werden soll. Die Arbeitnehmer werden sich auch durch ungerechte Kritiken der Arbeitgeber in der Öffentlichkeit nicht abhalten lassen können, ihre besonderen Wege national und international in der Frage der Arbeitszeitverkürzungen zu gehen.

Krebs.

welche im Büro wegen der gelben Organisation anfragen: Na, das ist nicht gleich notwendig, aber ich unterstütze und fördere diese Organisation, wo ich kann, sie ist die geeignetste für die Arbeiterschaft. (Sicher noch geeigneter für den Profit des Unternehmers, sonst würde er sie nicht fördern, D. R.)

Das haben Sie ja auch bei Ihrer mehrfachen Anwesenheit bei deren Veranstaltungen bewiesen. Wir erinnern an das Weihnachtsfest der gelben Organisation im „Kaiserhof“. Da ging es hoch her. Bier und Kognak gab es in Hülle und Fülle. Ein benachbarter Gastwirt erklärte mehreren Kollegen, soviel wie diesen Abend ist dort lange nicht getrunken worden.

Na, wir gönnen es diesen Leuten, sie sind ja andererseits auch zu jedem Lohnabzug gern bereit, da kommt man schon wieder hin. Vielleicht können diese Herrschaften auch einmal auf anderem Gebiet helfend eingreifen, vorläufig können sie sich allerdings selber noch nicht helfen, sondern müssen von den Unternehmern noch gestützt und gefördert werden.

Wenn man bedenkt, daß Kollegen ausgeschaltet wurden, die 20 Jahre ihre Arbeits-

kraft zur Verfügung stellten, dann kann wohl von sozialem Gefühl nicht mehr gesprochen werden. Einer Witwe, die den Bieraussehnk bisher hatte, der Mann war auch viele Jahre im Betrieb tätig, entzog man diesen kleinen Verdienst, und der Bieraussehnk wurde einem vollbeschäftigten Glasmacher gegeben. Die Witwe muß nun Wohlfahrtsunterstützung beziehen.

Die Kollegen, denen es noch geglückt ist, in den Betrieb zu kommen, weil man mit den Gelben nicht ausreichte, werden aufzupassen haben, damit ihre Rechte nicht vollkommen verlorengehen.

Herr Menzel, wir kennen Ihr Ziel: Gelbe Belegschaft, gelben Betriebsrat und unbeschränkte Diktatur im Betrieb.

Der Vertreter der gelben Gewerkschaft erklärte ja auch in Ihrem Büro bei der Verhandlung — in Ihrem Beisein: Er warte auf den Augenblick, wo er den Kreuz auf aus Grab der Gewerkschaften legen könne.

Er wird noch lange warten müssen, auch wenn Sie ihn und seine Organisation fördern und stützen.

Glasarbeiter, habt acht!

Br.

### Aus der Geschichte des Glases

In einer Zeit, in der das Glas mehr und mehr zum bevorzugten Baustoff wird und das Glashaar von einer Utopie zur Wirklichkeit emporsteigt, dürfte es von Interesse und Nutzen sein, einem Spezialerzeugnis, das zu den edelsten Produkten der Glasmacherkunst gehört, einige Aufmerksamkeit zu schenken.

In seinen berühmten Staatswissenschaftlichen Untersuchungen nennt von Hermann neben Seife und Büchern Tafelglas zu denjenigen Gegenständen, durch deren Gebrauch das Leben der heutigen Menschen im Vergleich zur Lebensweise im Altertum am meisten und wesentlichsten verbessert wurde. Und mit vollem Recht kann behauptet werden, daß Tafelglas derjenige Gegenstand sei, welcher die gründlichste Verbesserung des Zusammenlebens und Arbeitens gebracht und der insbesondere die Wohnungen kälterer Klimate durch Kulturvölker erst möglich gemacht hat.

Die Herstellung des Glases war schon im Altertum bekannt, aber es handelte sich dabei nur um Luxus-Hohlgläser. Die Häuser im Altertum hatten keine Fenster mit Scheiben. Erst als mit dem Siegeszug des Christentums nach dem Norden Europas der Bau großer wettersicherer Kirchen nötig wurde, waren die mönchischen Baumeister gezwungen, an einen Verschluss der Fenster zu denken. Doch lange noch dauerte es, bis man dazu schritt, die aus geschabtem Horn oder Pergament hergestellten kleinen Scheiben der niedrigen romanischen Bogenfenster durch Glasstücke zu ersetzen. Gregor von Tours im 6. Jahrhundert n. Chr. erzählt in seinen Denkwürdigkeiten, daß ein Soldat, um heimlich nachts in eine Kirche in Brioude einzusteigen, ein Glasfenster (fenestre vitree) zerbrach. Dies ist die erste be glaubigte Nachricht über den Gebrauch des Flachglases zu Fensterscheiben. Derselbe Gregor ließ die große Basilika des Heiligen Martin in Tours umbauen und befahl, daß man die Fensteröffnungen mit „verschiedenfarbigem Glas“ schließe.

Wir erfahren von dem dichterisch tätigen Bischof von Poitiers, Fortunat, daß mehrere Kirchen von Paris, zum Beispiel die des Heiligen Kreuzes und des Heiligen Vincentius Glasfenster gehabt haben. Aus dem Südosten Europas klingt eine Nachricht zu uns: Wunder-

bar erglänzt das Licht der Sonnenstrahlen, die durch die so mannigfach gefärbten Scheiben in das Innere der Sofienkirche Konstantinopels fallen!

Erst im 8. Jahrhundert, zur Zeit Karls des Großen, wird der Gebrauch von farbigem Flachglas häufiger; die beiden alten Basiliken des Johannes vom Lateran und St. Seter in Rom hatten buntglasige Fenster. Eine allseitige Verglasung des Kirchenfensters finden wir erst vom 10. Jahrhundert an. Wenn in der Normandie eine Adelfamilie zu verarmen drohte, bekam sie das Vorrecht, farbige Fenster herzustellen und zu verkaufen.

In England wurde Flachglas Anfang des 7. Jahrhunderts hergestellt und bis zum 14. Jahrhundert fast ausschließlich für künstlerische Zwecke benutzt.

Auch in Deutschland war die Erzeugung von Glas schon im Mittelalter sehr entwickelt und konnte in Wettbewerb mit den übrigen glaserzeugenden Ländern treten, zumal sich das deutsche Glas vor den übrigen Erzeugnissen durch seine Härte und Widerstandsfähigkeit auszeichnete. Fritz Hansen, Berlin.

### Kammergutachten

Die Industrie- und Handelskammer Berlin hat nach ihren „Mittellungen“, Heft 22, kürzlich ein Gutachten abgegeben, dem in vollem Umfange die Bezeichnungsvorschriften für Bleikristall, RAL Nr. 520 A, zugrunde gelegt werden. Darüber hinausgehend ist bemerkenswert, daß die Bezeichnung „echt Bleikristall“ von der Kammer nur solchen Erzeugnissen zugestanden wird, deren Muster ausschließlich durch Handschliff hergestellt sind, da nach Auffassung der Industrie, des einschlägigen Handels und des kaufenden Publikums nur diese Waren eine solche Auszeichnung verdienen.

### Türkei

Wie die Deutsche Orientbank in ihrer Monatszeitschrift „Türkische Wirtschaftsberichte“ meldet, hat eine rumänische Geldgebergruppe an zuständiger türkischer Stelle wegen Errichtung einer Glasfabrik sondiert, die vor allen Dingen Fensterglas sowie Trinkgläser herstellen soll.

### Wiedereröffnung der Menzelhütte

Am 5. Februar wurde dieser Betrieb wieder eröffnet. Die Belegschaft des Betriebes wurde innerhalb eines Jahres mehrmals wegen Stilllegung entlassen. Bis zur letzten Stilllegung war bisher stets eine Vereinbarung getroffen worden, daß bei Wiedereröffnung des Betriebes die alte Belegschaft wieder eingestellt würde, ehe Betriebsfremde zur Einstellung kamen.

Obwohl vor der letzten Stilllegung die Belegschaft sich einer zwischentzeitlichen Regelung der Löhne unterwarf, um den Fortgang des Betriebes weiterhin zu ermöglichen, lehnte die Firma bei Stilllegung die bisherigen Einstellungsvereinbarungen ab.

Das hat seinen guten Grund. Fritz Menzel und sein Betriebsleiter Meisel können die Gewerkschaften nicht mehr riechen, obwohl Menzel vor gar nicht so langer Zeit den Weg ins Gewerkschaftsbüro im Volkshaus fand, um die Vertreter zu bitten, doch bei der Frage der Finanzierung des neueröffneten Betriebes durch die Stadt ihr maßgebliches Veto mit ein-

zulegen. Dazu waren die Vertreter der Gewerkschaften gut genug.

Wie ist nun die Einstellung der neuen Belegschaft vor sich gegangen? Der Stadt gegenüber hat man sich den sozialen Anschein gegeben, wieder einmal lange erwerbslose Kollegen einzustellen, die der Wohlfahrt zur Last fielen. Die Dinge liegen aber wesentlich anders.

Das von der Firma so sehr protegierte Belegschaftsmitglied Friche, Führer der gelben Organisation, zog mit einigen Getreuen von einem zum anderen und erklärte: „Wenn ihr in unsere Organisation trittet, wurdet ihr bestimmt eingestellt.“ Hierfür kann mehrfach der Beweis erbracht werden.

Wir fragen: Herr Menzel, haben Sie diese Leute dazu beauftragt? Die Einstellung der Leute erfolgt doch durch Sie und nicht durch Leute, welche selbst auf Einstellung warten. Daß Sie mit der gelben Organisation stark sympathisieren, geht doch aus ihren eigenen Worten hervor. Sie erklärten zwei Kollegen,

### Porzellandekoration

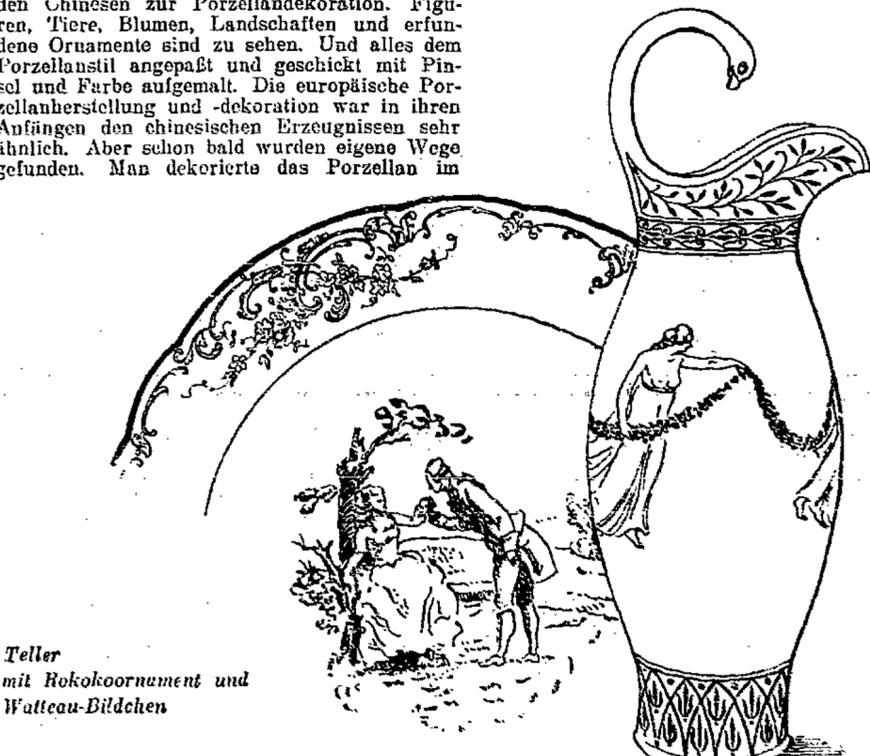
Porzellan und Porzellandekoration sind engverbundene Begriffe. Die schöne, glattweiße Fläche des Porzellans reizte schon immer zum Verzieren und Schmücken. Wir wissen, daß der Ursprung des Porzellans in China zu suchen ist. Wie in China Porzellan dekoriert wurde, zeigt uns beistehende Zeichnung. Alle

sichtbaren Erscheinungen ihrer Umwelt dienten den Chinesen zur Porzellandekoration. Figuren, Tiere, Blumen, Landschaften und erfundene Ornamente sind zu sehen. Und alles dem Porzellanstil angepaßt und geschickt mit Pinsel und Farbe aufgemalt. Die europäische Porzellanherstellung und -dekoration war in ihren Anfängen den chinesischen Erzeugnissen sehr ähnlich. Aber schon bald wurden eigene Wege gefunden. Man dekorierte das Porzellan im

jeweiligen europäischen Zeitstil und schuf auch schon Spezialdekorationen. Eine solche ist zum Beispiel die Blumenmalerei. Die nebenstehende Zeichnung bringt einige typische Dekorationsarten in verschiedenen Stilarten. Da ist ein Teller mit Rokokoornament und einem Watteaubildchen. Ferner eine Kanne mit ausgesprochen klassizistischer Dekoration. Während wir bisher nur die rein handwerklichen Arten der Dekoration sahen, müssen wir uns jetzt auch den mechanischen Dekorationsverfahren zuwenden. Die



Alt-China-Vase



Teller mit Rokokoornament und Watteau-Bildchen

Kanne mit klassizistischer Dekoration



Buntdruckkante um 1900



Moderne Buntdruckkante

Zeit verlangte schnelle und billige Dekorationsarten. Die zuerst angewandte mechanische Dekorationsart war der Stahlruck. Von einer gravierten oder geätzten Stahlplatte wird ein Abzug auf Papier gemacht und dieser Papierabzug wird auf Porzellan übertragen. Da der Stahlruck aber nur einfarbiges direktes Ar-

beiden gestaffelt, verband man ihn mit Handmalerei und erzielte so farbige Arbeiten. Als nämlich in der Porzellanindustrie die Massenproduktion einsetzte, wäre die absolute Handarbeit zu teuer geworden. Da half man sich dadurch, daß man im Stahl-druckverfahren die Konturen eines Bildes oder Ornamentes der Blumen auf das Porzellan aufdruckte und dann diese Druckbildchen auslaserte. Wir alle erinnern uns an die Wattenbildchen, Jagdstücke auf Pfeifenköpfen und Blumendekorationen

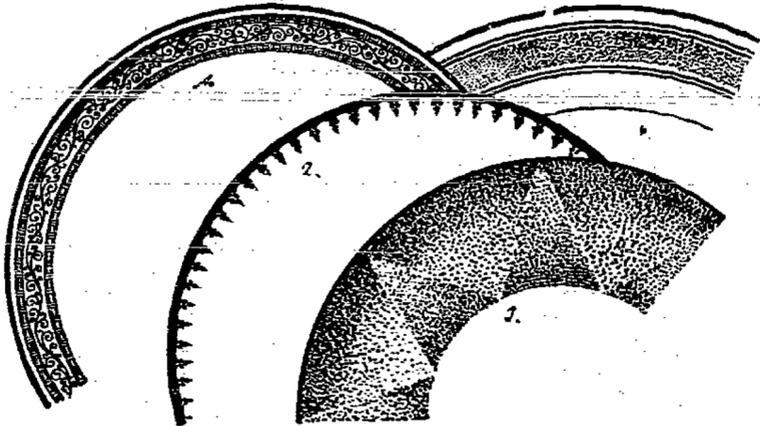
dieser Art. Man wendet aber den Stahl-druck auch nur für sich an, und dann eignet sich am besten für diese Dekorationsart das feine Ornament und Vignetten. In nebenstehender Zeichnung sehen wir u. a. typische Stahl-druckdekorationen. Auch ein Abziehbildverfahren ist der Buntdruck. Wie schon der Name sagt, ist sein Merkmal die Vielfarbigkeit. Das Bunt-druckverfahren hat in der Massenproduktion die Handmalerei vollkommen verdrängt. Während früher der Maler stunden- und tagelang an

seinen Arbeiten saß, druckt man heute mit Bunt-druck im Augenblick Ornamente, Blumen, Figuren, ja Porträts und Landschaften auf das Porzellan. Man hat aber auch beim Buntdruck die Handmalerei mitangewendet. Man druckte einfache Bilder auf den Porzellangegenstand, übermalte geschickt mit Farbe und Pinsel die Buntdruckbildchen und erzielte so den Schein der Handmalerei. Ein billiges, aber sicher rentables Verfahren. Neben Stahl- und Buntdruck hat sich das Gummistempelverfahren stark eingebürgert. Hier wird einfach mit dem Gummistempel die Farbe oder das Gold auf den Scherben übertragen. Am besten, ja fast nur, eignet sich zur Stempeldekoration das feine zarte Ornament und die schmale Kante. Eine typische Stempeldekoration zeigt uns die Zeichnung. Endlich sei noch das Aerograph-Spritzverfahren erwähnt. Man macht damit Fonddekors oder mit Hilfe von Schablonen auch Ornamentverzierungen. Besonders in der billigen keramischen Produktion, in der Steinzeugfabrikation, hat das

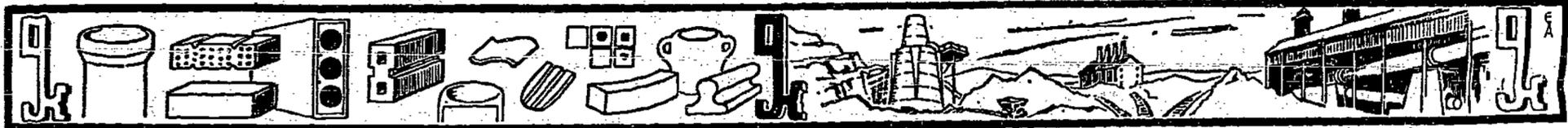
Aerograph-Spritzen, ähnlich wie der Buntdruck beim Porzellan, die Handarbeit mit Pinsel und Farbe vollkommen verdrängt. Auch typische Aerographdekors zeigt uns die Zeichnung. Glaubt sei noch, daß sich wie überall, so auch in der Porzellandekoration, Arten herausgebildet haben, die immer angewandt werden, immer schön sind, und daher an keine Zeit und Stil-epoche gebunden sind. In diesem Falle ist eine solche „ewige“ Dekoration das Zwiebelmuster, das im alten China genau so beliebt war und oft angewandt wurde wie im modernen Europa. Auch das Strohmuster gehört hierher. Unsere Zeichnung gibt auch von diesen Dekorationsarten Abbildungen. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß auch alle Arten von Linien, Rund- und Banddekors seit jeher zur Dekoration verwendet wurden. Und diese Dekors endlich sind auch die, welche mit keinem mechanischen Verfahren so schnell, sauber und billig hergestellt werden können als von der Hand mit Pinsel und Farbe.



Die bekanntesten fast 200 Jahre alten Unterglasurdekors



1. Stahldruckkante. 2. Stempelkante. 3. Aerographendekoration. 4. Band- und Liniendekor.



## Die deutsche Ziegelindustrie im Außenhandel

Gegenüber anderen Industrien spielt die Ziegelindustrie im Außenhandel eine ziemlich untergeordnete Rolle. Doch sind immerhin die vom Statistischen Amt veröffentlichten monatlichen Nachweise für den auswärtigen Handel wert, auch in bezug auf die Ziegelindustrie nachgesehen zu

werden. Die Zahlen über den Außenhandel mit Ziegelerzeugnissen sind immerhin nicht ganz so unbedeutend, als daß man sie unbeachtet beiseitelegen kann. Nachstehend geben wir die Zahlen, die über die Ein- und Ausfuhr von Ziegelerzeugnissen erschienen sind, bekannt:

(Menge in Doppelzentner — Wert in 1000 RM.)

Zollpost-1930	Art der Erzeugnisse	Einfuhr:		Ausfuhr:		1931	
		Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert
713	Mauersteine aus farbig sich brennendem Ziegelton, unglas. Hohl-, Lochsteine, Lochplatten und Formsteine	40 290	163	20 936	93	19 597	66
714a	andere: rauhe (Hintermauerungssteine) oder glatte (Verblendsteine)	559 433	728	382 509	465	(Ausfuhr unter 714)	
714b	Scheuerziegel (Putzsteine)	Einfuhr fand nicht statt!		(Ausfuhr unter 714)			
714	Hintermauerungssteine (Verblendsteine, Scheuerziegel)	(Einfuhr unter 714a)		1 139 263	1811	1 148 997	1581
715	Mauersteine (Mauerziegel, Backsteine) aus farbig sich brennendem Ziegelton, glasiert	313	4	30	1	71 486	1403
716	Klinker und über 3 cm dicke Pfasterplatten aus Ton oder gemeinem Steinzeug, einfarbig	61 613	340	25 136	129	36 115	169
717a	Dachziegel aus Ton, unglas., Dach- und Hohl-dachziegel	50 666	205	22 876	92	59 150	274
717b	Dachplatten und Falzdachziegel	129 901	508	71 112	301	50 616	68 675
718	glasierte Dachziegel	688	7	361	3	234	18
719a	Röhren aus Ton, Dränröhren	41 176	140	18 41	52	(Ausfuhr unter 719)	
719b	andere Röhren, Röhrenformstücke	8 818	81	2 086	14	(Ausfuhr unter 719)	
719	Röhren aus Ton, Röhrenformstücke	(Einfuhr unter 719a)		2 845	211	11 904	100
Gesamter Außenhandel		892 898	2176	543 669	1160	1 400 245	4130
Ziegelerzeugnisse:						1 412 411	3597

\* einschließlich Reparations-Sachlieferungen.

Trotzdem die Ausfuhr von Ziegelerzeugnissen im Jahre 1931 noch um 12 136 Doppelzentner höher ist als im Jahre 1930, ist der Erlös um 553 000 RM geringer als 1930. Auch ein Zeichen der Weltwirtschaftskrise. Die Einfuhr ist mengenmäßig um 249 136 Doppelzentner und wertmäßig um 1 016 000 RM gesunken.

Als Einfuhrländer, aus denen die eingefuhrten Ziegelerzeugnisse stammen, kommen in der Hauptsache Italien, Saargebiet (das zollpolitisch zu Frankreich gehört), Danzig, Polen, Niederlande, Tschechoslowakei, Schweden und Frankreich in Betracht. Hauptsächlich handelt es sich wohl da um feinsandige Gebiete oben-

genannter Länder, wo den einheimischen Erzeugnissen Konkurrenz gemacht wird.

Die hauptsächlichsten Länder, nach denen deutsche Erzeugnisse ausgeführt werden, sind: Saargebiet, Frankreich, Belgien, Dänemark, Litauen, Niederlande, Oesterreich, Schweiz, Tschechoslowakei, Luxemburg, Großbritannien, Jugoslawien, Schweden und Spanien. An erster Stelle stehen die Niederlande, nach denen 429 531 Doppelzentner Ziegelerzeugnisse im Wert von 1 412 000 RM ausgeführt sind.

In der Hauptsache sind es wohl Qualitätserzeugnisse, die ausgeführt werden, soweit es sich um größere Erfahrungs handelt. Im all-

gemeinen wird sich Ein- und Ausfuhr wohl auf die Grenzbezirke beschränkt haben, wo die Transport- bzw. Frachtverhältnisse günstig liegen. Dann tritt noch ein Moment in Erscheinung, die Preisfrage. Die gegenüber 1930 men-

genmäßig erhöhte Ausfuhrziffer ist nur möglich gewesen infolge der gedrückten Preise, was sich ja auch in der Wertziffer, die trotz der größeren Menge bedeutend niedriger als 1930 ist, ausdrückt.

## Die Nützlichkeit der betriebsrätlichen Schulung

Wissen ist Macht! Zu dieser Erkenntnis hat sich ein Teil der Arbeiterschaft durchgerungen, die starke Teilnahme an den Volkshochschullehrungen und sonstigen Bildungsveranstaltungen, ist als Willensäußerung aufzunehmen, durch geistige Schulung und erhöhter geistiger Aktivität an der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zugunsten der Besitzlosen, der Arbeiterschaft, mitzuwirken.

Ein Bildungsgebiet, worauf die Gewerkschaften großen Wert legen müssen, ist die Betriebsrätschulung. Wenn heute ein Betriebsrat nichts leistet, so liegt das an den Kolleginnen und Kollegen selbst und nicht an der Gewerkschaft. Was nützt der Name Betriebsrat, wenn der Betreffende nichts damit anzufangen weiß. Uns ist nicht gedient, daß Großmäulige in den Arbeiterrat gewählt werden, nein, die müssen hinein, die nicht nur gewerkschaftlich organisiert, sondern gewerkschaftlich geschult sind. Darauf kommt es an, ob der Betriebsrat alle Vorgänge, soweit sie wirtschaftlich eng mit dem Betrieb verbunden sind, beachtet. Erforschen müssen, die Zusammenhänge verstehenlernen, ist notwendig. Nur so können wir aufklärend, anziehend wirken. Das hat auch der Fabrikarbeiterverband erkannt und nichts blieb unversucht, Aufklärung unter den Funktionären zu schaffen. Wir Ziegelerbeiter können uns einer guten Betreuung erfreuen, das ist anerkennenswert. Viele haben schon den Schulungskursus in unserem Schulheim Wenigse durchgemacht, haben die Grundlehre erhalten, auf der die Arbeiterschaft selbst durchgeführt werden muß. Ich nehme bestimmt an, daß sich diese Kolleginnen und Kollegen ihrer Pflicht bewußt sind und eifrig bei der Massenaufklärung mitwirken. Wunder muß ich mich nur, daß noch keiner der im Betrieb stehenden Kollegen den Mut gefunden hat, in einer Diskussion im „Keramischen Bund“ die Wirksamkeit der Betriebsräte in der Ziegelindustrie darzulegen. Jetzt gerade, bei den schlechten Verhältnissen, müssen wir alle Kräfte anwenden, die abgehenden Kolleginnen und Kollegen für den Verband zu interessieren.

Wie wegwerfend wird doch die Betriebsrätebewegung, unter dem Protektorat der Gewerkschaften seitens der linksstehenden radikalen Kollegen behandelt, wie „unfähig“ bewegen sich doch diese Kollegen in der Ausübung dieses Vertrauensamtes. Natürlich wird vor der Arbeiterschaft mit radikalen Phrasen operiert, beim Durchsetzen der Forderung vor dem Unternehmer macht man eine Faust in der Tasche und sonst — kusch dich! Die Schuld an allen

Fehlschlägen schiebt man nachher der Gewerkschaft zu, um seine Unfähigkeit zu verdecken. Das ist radikal gehandelt.

Eine Massenschulung, wie wir sie im Rahmen der freien Gewerkschaften vorfinden, kann keine gegnerische Organisation aufweisen, am allerwenigsten die RGO. Das Dasein der RGO ist ja nur auf Knüttelenergie aufgebaut. Die Reaktion fürchtet sich nicht vor der Gewaltanwendung einer zerrissenen Arbeiterschaft, aber mit einer organisierten, aufgeklärten Arbeiterschaft muß sie als Gegenpartner rechnen.

Die Betriebsrätebewegung als festgebundene Teil der freien Gewerkschaften müssen wir zu erhalten suchen. Die mit den Betriebsräten unzufriedenen Kollegen sollten sich einmal die Mühe geben, Einblick in die Arbeit eines gewerkschaftlich geschulten Betriebsrates zu nehmen, sie würden daraus erkennen, wie nützlich die betriebsrätliche Funktion für die Kolleginnen und Kollegen ist. Auch der Betriebsrat kann sich nur den Verhältnissen entsprechend bewegen; alle gesetzlichen Bestimmungen, die das Arbeitsrecht und die Sozialpolitik betreffen, werden doch, je nach der politischen Machtstellung, strenger oder milder angewandt. Wenn wir für strenge Durchführung uns schützender Bestimmungen sind, dann ist es Pflicht aller Arbeiter, sich in den freien Gewerkschaften zu organisieren. Nur gemeinschaftliches Handeln erzwingt die Besserung unserer Lage.

Für die Aufklärung und Schulung der Funktionäre der Ziegelindustrie müssen die Zahlstellenleitungen, mehr denn je — ich unterstreiche das noch — sorgen. Unter gewerkschaftlicher Schulung verstehe ich nicht nur Kenntnisse der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und Tarife, vielmehr ist Wert auf die Kleinarbeit im Betrieb zu legen: die Möglichkeit aller betrieblichen Vorgänge festzustellen, sie auszuwerten, gewerkschaftlich nutzbar zu machen, kurz, die statistische Belehrung ist heute bei der gewerkschaftlichen Schulung nicht außer acht zu lassen. Der Mühe sollte sich keine Zahlstelle entziehen, fehlt die Anregung und Anleitung, so werden die Kollegen, die in Ausübung ihres Amtes verantwortlich sind, mißmutig. Nur gewerkschaftliche Schulung kann es erreichen, daß wir in der gewerkschaftlichen Organisation vorwärtskommen und daß wir in der Lage sind, der Öffentlichkeit, vor allem unseren Gegnern, mit Argumenten entgegenzutreten, die diese verstummen lassen.

Hans Ludwig, Eisenberg i. Thür.

### Cottbus / Generalversammlung

Am 31. Januar 1932 fand in Cottbus die Generalversammlung der Bezirkszahlstelle Cottbus-Sonftenberg statt. Anwesend waren 46 Delegierte einschließlich der Ortsverwaltung.

Der Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1931 war den Delegierten bereits vor der Generalversammlung zur Kenntnisnahme übersandt worden. Beide Berichte fanden folgende mündliche Ergänzung:

Wenden wir uns zunächst an die Nörgler, die da immer reden: „Ach, die Gewerkschaften leisten ja nichts“. Wirklich nichts? Nun schauen wir uns doch die Zahlen an, die Kollege Rohmer, der Kassierer, genannt hat: 48 Prozent aller Mitglieder, rund 3000, gehen stempeln oder fallen der Wohlfahrtsfürsorge zur Last. Waren 1930 die Ausgaben der Organisation für Arbeitslosen-, Invaliden- und Krankenunterstützung schon enorm, so wuchsen sie (mit Ausnahme der Krankenbeihilfe) 1931 lawinenartig an. 11 490,60 RM wurden 1930 an Invaliden gezahlt, ein Jahr später erhöhte sich die Summe um über das Doppelte, auf 23 329,90 RM. Ist das gar nichts? 66 435,50 RM warf der Verband 1930 für Arbeitslosenunterstützung an, — 1931 waren es nicht mehr 70 000, auch nicht mehr 100 000, es waren 120 494,15 RM, also fast 100 Prozent mehr. Ist das auch gar nichts? Gesunken ist nur die Krankenunterstützungsziffer von 14 332,72 RM (1930 auf 35 239,85 RM). Ueberlegt man sich, daß vom Gesamtverband 20 000 Invalidenrentnern und vielen tausend Arbeitslosen die Existenz gesichert wird, dann lassen sich die gewaltigen finanziellen Leistungen der vielgelästerten Gewerkschaft wohl auch vom Außenstehenden einigermaßen ermessen. Vergewöhnung wir uns ferner, daß in der Zahlstelle nicht weniger als 67,88 Prozent der Gesamtausgabe oder über 200 000 RM ganz ausschließlich für Unterstützungen verwandt wurden, während 1930 nur 42,86 Prozent der Ausgaben oder 145 371,06 RM demselben Zweck zugeführt wurden, dann muß man von dieser riesigen Anspannung aller Kräfte nur mit Bewunderung sprechen.

Kollege Kerstan streifte in seinem Jahresbericht, auf den wir noch kurz eingehen werden, die verbandsschädliche Maulwurfsarbeit der Bundesgenossen der faschistischen Volksentscheidler. Wir hörten von ihm, daß die Verbandsredner in den RGO-Versammlungen auftraten und den Bolschewiken kräftig in die Suppe spuckten. Wir hören, daß mehrere Wähler, die als Mitglieder die Minen gegen ihre eigene Organisation vorgetrieben, an die Luft gesetzt wurden, und daß die RGO für die Arbeiterschaft alles andere, nur nichts Erprobliches geleistet hat. Was ihr an Verstand und Fähigkeit mangelte, das ersetzte die RGO durch okehalfe Sudeleien im „Lügen-Echo“, durch gemeine Schimpfereien gegen die Gewerkschaftsangeestellten und durch hirnverdrängende „Parolen“.

In Ziegeleien bei Cottbus ist, erklärte Kollege Kerstan, festgestellt worden, daß die Hälfte des Tariflohnes gezahlt wurde. Der Lohn schwankte zwischen 30 und 50 Pfennig, der Tariflohn aber lag um 20 Pf. höher. Als schon zu spät war, kamen die Arbeiter, die auf diese echt kapitalistische Art geprellt wurden, zum Verband mit der Bitte, ihre Interessen wahrzunehmen. Noch brutaler ging ein Arbeitgeber in Crinitz, Kreis Luckau, vor. „Der Verband“, so führte Kollege Kerstan zum Schluß seiner Darlegungen an, „ist, wie sie schon, auf dem Posten gewesen, und seine Arbeit gibt ihm die Befähigung, in den Lausitzer Gewerkschaften an erster Stelle zu stehen. Er hat in den Lohnverhandlungen alles aufgeboten, um noch Schlimmeres zu verhüten; jetzt aber steht er vor schweren Aufgaben, und da gilt es, alle Kräfte in den Betrieben und Ortsgruppen für die kommenden Kämpfe zu sammeln.“

Die Debatte war sachlich. Koll. Lehmann aus Haidemühl, der die dortige RGO besser kennt als seine Westentasche, wies darauf hin, daß die Gewerkschaftsanzwörter jetzt ihr Agitationszentrum nach Annahütte und Lautawerk verlegt haben. Dieselben Methoden, die sie in Haidemühl gebrauchten, werden nun dort in Anwendung gebracht. Und dabei ist das Verhalten der RGO-Führer gegenüber den Unternehmern das Schafelste, das man sich denken kann. In Haidemühl haben die Brüder nicht sehr viel zu bestellen. Der Verband, den sie so bekanntlich zertrümmert hatten, hat nicht mehr 37 Mitglieder, die nach der Spaltung geblieben, sondern schon wieder 200 Kollegen! Für die RGO können sich jetzt nur noch wenige Haidemühl-Proleten erwärmen. Mit ihren Flugblättern hat sie in Glück mehr, und man kann ohne Uebertriebung sagen: „Es sieht sehr mies für die Kommunisten aus.“ Kollege Lehmann empfahl den Kollegen aus Annahütte, sich in ihren Versammlungen gegen die RGO einen Haidemühlern kommen zu lassen, — der werde den Arbeitern vieles aus seinen reichen Erfahrungen erzählen.

„Wie die RGO“, so sagte Koll. Hoffmann aus Annahütte, „Mitglieder zu ködern ver-

sucht, das spottet jeder Beschreibung. Kürzlich hat ihr Führer Werner Annahütte aufgesucht. Der Verband beharrt jedoch die Situation, doch hat er gegen zwei Gegner zu kämpfen: gegen die RGO auf der einen und die Gelben auf der anderen Seite“. Seine Ausführungen wurden durch einen sehr aufschlußreichen Bericht des Koll. Klüb als Lautawerk ergänzt: „Obwohl die RGO augenblicklich bei uns sehr rührig ist, meistern wir die Dinge, und es steht schon heute fest, daß die Spalter uns nicht gefährlich werden. Weil sie sachlich nichts erreichen, greifen sie zur persönlichen Hetze. Die RGO hat in dem einen Jahr nichts geleistet. Es ist ganz einfach eine freche Lüge, wenn sie öffentlich behauptet, sie werde im Betriebsrat stets von den „Reformisten“ überstimmt! In Wirklichkeit ist es so: die RGO hat im Betriebsrat erst stundenlang geredet, und dann hat sie mit uns gestimmt! Jetzt hat man sich eine neue Glanztat geleistet. Herr Lorenz, der tüchtige RGO-Führer, ging zum Betriebsratsvorsitzenden, Koll. Pönseck, um mit ihm Lohnverhandlungen zu pflegen. Als Pönseck ihm bedeutete, daß er dieserhalb schon zum Arbeitgeber gehen müsse, wollte der große Revolutionär dies nicht einsehen; im Gegenteil, er wollte der Gewerkschaft noch Vorschriften machen.“

Was hat Herr Lorenz dann getan? Gar nichts! Man hörte nichts mehr von ihm. Nach vier Wochen aber berief er eine Belegschaftsversammlung ein, in der er den Arbeitern erzählte, was er alles geleistet hat, und es zu bestreiten wagte, daß er nicht einmal zwischen Arbeitgeber und Verband zu unterscheiden wußte. Kollegen, so wird von der RGO gearbeitet, und wie sie das macht, das ist niederträchtig genug. Bis jetzt jedenfalls haben die Kommunisten in Lautawerk nur blamiert, und wir werden dafür sorgen, daß sie sich noch mehr blamieren. Der Kampf gegen sie wird weitergeführt; mag man uns auch durch die Gasse schleifen, beschimpfen und diffamieren!“

Die „großen Erfolge“ der RGO für die Arbeiterschaft brachte der Gauvertreter, Kollege Kohl, den Delegierten in Erinnerung: „Überall, wo sie Einfluß gewannen, hinterließ sie einen Trümmerhaufen. Denkt an Leuna, Lohrhausen, Oppau, denkt an Haidemühl! Sie hat die Positionen der Arbeiterschaft zerschlagen, konnte jedoch die Mitglieder nicht für sich einfangen, sondern trieb viele Arbeiter zu den Indifferenten“. Der Redner setzte auseinander, warum ADGB und SPD die Regierung Brüning tolerieren.

Nachdem Kollege Kohl hervorgehoben hatte, daß in der jetzigen Notzeit auch die Verbandsangestellten große Opfer bringen müssen, schloß er mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Lebensinteressen und die Kampfkraft der Arbeiterklasse sich stärker erweisen werden als Hetze und Verleumdung.

Kollege Fleischhauer kündigte den Gegenangriff des Verbandes in Annahütte an. Die Diskussion wurde geschlossen vom Kollegen Kerstan, der die Organisation der Offensiv gegen die Gewerkschaftsanzwörter erörterte und den Funktionären von Lautawerk Anerkennung für ihre Arbeit gegen die RGO aussprach.

Die Delegierten stellten der Ortsverwaltung ein Vertrauensvotum aus, indem sie einstimmig die Wiederwahl beschlossen. Nach Annahme eines Antrages der Ortsverwaltung, der sie zu Sparmaßnahmen ermächtigt, und Zurückziehung eines Antrages Neupetershain betr. Durchreisunterstützung rief Kollege Schnabel zum Eintritt in die Eisernen Front auf, und Koll. Kerstan hielt eine zündende Schlußansprache.

**Dresden / Jahresgeneralversammlung**

Im großen Saale des „Dresdener Volkshauses“ tagte am 29. Januar 1932 die Jahresgeneralversammlung der Zahlstelle Dresden. Der Kollege Graf gab einleitend ein Situationsbild der Weltwirtschaftslage mit ihren Auswirkungen auf deutsche und insbesondere sächsische Wirtschaftsverhältnisse. Die Krise wirkt sich auch in unserem Zahlstellengebiet mit seinen 30 unterschiedlichen Industriegruppen unheilvoll aus. Die Zahl der stillgelegten Betriebe ist weiter angestiegen. Beschränkung der Arbeitszeit und die Arbeitslosigkeit weisen gegen das Vorjahr noch eine Steigerung auf. Es sind 37 Prozent Arbeitslose, 11 Prozent Kurzarbeiter und 7 Prozent Invaliden vorhanden.

Am stärksten sind die Gruppen der baustoff-erzeugenden Industrie mit 77 Prozent Arbeitslosen und Glas und Porzellan mit etwa 50 Prozent Arbeitslosen betroffen.

Daß unter diesen Umständen die Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsverträge außerordentlich erschwert war, ist verständlich. Die Wünsche der Arbeitgeber und ihrer Verbände sowie der ihnen zu Gebote stehenden Hilfstruppen in bezug auf Beseitigung aller Bindungen durch Tarif- und Lohnverträge konnten abgewehrt werden. Eine neue und gänzlich veränderte Situation trat mit Beginn des neuen Geschäftsjahres durch die Abbaumaßnahmen der 4. Notverordnung ein. Die Abwehr der Gewerkschaften muß sich vor allen Dingen jetzt darauf konzentrieren, daß eine Senkung des Reallohnes aufgehalten wird, indem der Preisirrago scharfste Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Einen weiten Rahmen nahm im Geschäftsjahr die Vertretung vor den Arbeitsgerichten, Schlichtungsausschüssen, dem Versicherungsamt und sonstigen behördlichen Stellen ein. Von den 65 vor dem Arbeitsgericht geführten Klagen wurden 56 mit Erfolg durchgeführt. In 134 Fällen erfolgte Vertretung vor anderen amtlichen Stellen. Die erstrittene Lohnsumme beträgt 28 575 RM. In zahllosen Fällen machten sich Verhandlungen mit den Betriebsleitungen zur Beilegung von Streitigkeiten nötig.

War das Jahr 1931 ein Kampffahr im wahren Sinne des Wortes, so steht ein noch schwereres Ringen der Arbeiterschaft im neuen Jahre bevor. Feinde ringsum versuchen, den

stärksten Nord der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, zu zerschlagen. Hier kann nur Geschlossenheit die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Freiheit der Arbeiterschaft erhalten.

Der vom Kollegen Huhn erstattete Jahreskassenbericht, welcher gedruckt vorlag, wies entsprechend der ungünstigen Wirtschaftslage einen Rückgang der Einnahmen bei gesteigerten Ausgaben aus. Die Kasse balanciert mit 429 800 RM. 269 775 RM sind aus Hauptkassamitteln an Barunterstützung an die Mitglieder zurückgeflossen. Gleich hohe Anforderungen wurden auch an die Lokalkasse gestellt, indem etwa 30 000 RM an Sonderunterstützung gezahlt werden mußten. Beitragsleistung und Beitragshöhe waren auch 1931 gut.

Der Mitgliederbestand weist gegen das Vorjahr infolge der gesteigerten Arbeitslosigkeit einen leichten Rückgang auf. Die Zahl der Invaliden ist gestiegen. Der Bezug der Unterstützung kommt fast ¼ einer über 20 Jahre bestehenden Mitgliedschaft zu.

Die zur Diskussion gestellten Berichte wurden sachlich erörtert.

Der Kollege Rödiger brachte unter stärkstem Widerspruch der Versammlung seine vollständig unklaren Ansichten zum Ausdruck und mußte auf Antrag der Versammlung abtreten.

Der Kollege Schneider forderte unter stärkster Betonung eine Aenderung der Gewerkschaftstaktik, leider ohne klarzulegen, welche Maßnahmen unter den gegebenen Verhältnissen möglich und durchführbar sind. Der von ihm gestellte Antrag, die enge Fühlungnahme mit den Erwerbslosen durch bezirkliche und zentrale Versammlungen herzustellen, und die von ihm vorgelegte Entschliebung über die 4. Notverordnung und Zusammenschluß aller Arbeiterparteien gegen den Faschismus fanden Annahme.

Der von der Ortsverwaltung gestellte Antrag auf Herabsetzung der Pflichtbeiträge in der Zahlstelle unter Beachtung der statistischen Beiträge fand Annahme durch Mehrheit.

Zur Wahl der Ortsverwaltung lagen die Vorschläge der Branchenleitung von 15 Kollegen aus den Betrieben vor. Die Wahl erfolgte einstimmig durch Versammlungsbeschluss. Sämtliche Gewählten waren schon im Vorjahre Mitglieder der Ortsverwaltung.

Die Wahl des Gauvorstandes ergab: Groß, Jakob, Sauter, Mager, Klein und der Kollegin Heilmann.

Nach einigen Mitteilungen und einem Appell des Kollegen Graf, tatkräftig mitzuarbeiten im neuen Jahr, war die Jahresgeneralversammlung zu Ende. Rich. Mager.

**Altenburg / Vertreterversammlung**

Am 31. Januar 1932 tagte die Vertreterversammlung der Zahlstelle Altenburg. Von 72 Delegierten waren 70 erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Kollege Schauer den im letzten Jahre verstorbenen Mitgliedern einen ehrenden Nachruf.

In seinem Bericht über das verflossene Jahr 1931 konnte Kollege Schauer auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht verweisen. Er streifte dann in seinen Ausführungen die wirtschaftspolitischen Vorgänge während des Jahres 1931, die Notverordnungen und deren verhängnisvolle Auswirkungen für die Arbeiterschaft in puncto Löhne, Sozialversicherung und Arbeitsrecht und die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die im verflossenen Jahr mehr als 50 Prozent der Mitgliedschaft erfaßte. Die Zahlstelle hatte im vergangenen Jahr den Glasarbeiterstreik und den Streik in den Mineralölwerken Rositz zu überstehen. Im ersten Falle konnte ein Erfolg gebucht werden, im letzteren Falle mußte der Kampf nach sechs Wochen ergebnislos abgebrochen werden. Besonders lobend hob der Redner die Stimmung der Beteiligten in diesem Kampfe hervor, der nur durch das arbeiterschädigende Verhalten der Stahlhelmselfhilfe und Werksvereinigung verlorengehen konnte. Heute bereits machen sich in dem Betriebe die Fehler bemerkbar, und es wird eine Zeit kommen, wo diejenigen, die der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft in den Rücken fielen, ihre eigene Handlungsweise stark verurteilen.

Der Kassenbericht wies gegenüber dem Vorjahr eine rückläufige Bewegung auf. Insbesondere konnte der Kollege Engelmann als Berichterstatter darauf hinweisen, daß die Einnahmen der Haupt- und Lokalkasse gegenüber dem Stand von 1929/30 um etwa 40 Prozent zurückgegangen sind. Die in den guten Jahren vorgenommenen Sparmaßnahmen haben sich als günstig ausgewirkt und werden dazu beitragen, der Zahlstelle die schlechte wirtschaftliche Lage zu überwinden.

Die Aussprache zeigte ein erhebendes Bild von Kampfbereitschaft und Treue zur Organisation. Acht Diskussionsredner befaßten sich in der Aussprache mit dem Geschäftsbericht und der Wirtschaftslage im allgemeinen. Alle Redner waren von dem festen Willen durchdrungen, die Organisation über die schlechte Wirtschaftslage hinweg zu heben. Insbesondere wurden Maßnahmen gefordert, die einen Weg aus der Arbeitslosigkeit bieten. Der Wille der Delegierten wurde in der nachstehend einstimmig angenommenen Entschliebung zum Ausdruck gebracht:

„Die am 31. Januar 1932 im Volkshaus „Goldner Pflug“ in Altenburg tagende Vertreterversammlung, auf der 3000 Mitglieder durch 70 Kollegen vertreten sind, stellt fest, daß sich die jetzige trostlose Arbeitsmarktlage für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen immer unerträglicher auswirkt. Es ist höchste Zeit, daß Wege gefunden werden, die umfangreiche Arbeitsbeschaffung möglich machen, wenn die Demoralisation weiter Kreise der Arbeiterschaft verhindert werden soll. Die Forderung, die die Kollegen Leipart und Grabmann vom Bundesverband des ADGB, im Reichswirtschaftsrat, der Genosse Paul Löbe in Breslau, und der Kollege Woytinsky im allgemeinen erhoben haben und die die Beschäftigung von einer Million Arbeitsloser

vorsieht, erscheint uns als eine Möglichkeit, den Arbeitsmarkt zu beleben. Die Vertreterversammlung ist der festen Ueberzeugung, daß die Arbeitsbeschaffung auf den vom Kollegen Woytinsky und Genossen angegebenen Wege durchaus möglich ist. Die Vertreter der Zahlstelle Altenburg des Fabrikarbeiterverbandes erwarten mit aller Bestimmtheit von allen Gewerkschafts- und Parteinstanzen, daß sie dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm mit allem Nachdruck propagieren und für seine Durchführung eintreten. Der Parole der „Eisernen Front“ würde damit ein realer Inhalt gegeben. Die Massen, die auf das Stichwort warten, würden der Eisernen Front jenen hinreißenden Schwung verleihen, der notwendig ist, um die Gefahr des Faschismus für immer zu bannen.“

Nach Abschluß der Debatte wurde der Geschäftsleitungs einstimmig Entlastung erteilt.

Vom Kollegen Schauer wurde noch die vom Vorstand und Verbandsbeirat beschlossene Aenderung im Statut bezüglich der Beitragsleistung bei Kurzarbeit behandelt. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten konnte die vom festen Willen zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise besetzte Versammlung geschlossen werden.

**Bunzlau / 25-Jahr-Feier der Zahlstelle**

Die Zahlstelle Bunzlau unseres Verbandes konnte einen Ehrentag feiern, und zwar ihr 25jähriges Bestehen. Am 13. Januar 1932 fanden sich ein Häuflein aufrechter Männer in Bunzlau zusammen, um die Gründung der Zahlstelle vorzunehmen. Lohntarife, Arbeitsrecht und anderes gab es seinerzeit noch nicht. Gearbeitet wurde 10 bis 12 Stunden am Tage, Stundenlöhne von 17 bis 19 Pf. waren keine Seltenheit. Organisierte Arbeiter gehörten zu den Verfeimten. Selbst Entlassungen mußten sie ihrer Organisationszugehörigkeit wegen hinnehmen. Dessenungeachtet wuchs die Zahlstelle, der Organisationsgedanke verbreitete sich. Ihr Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen nahm zu, sie wurde mitbestimmend dabei. Es ging vorwärts und aufwärts. Fast 3000 Mitglieder sind nun vereinigt, ein geübter Funktionärkörper vorhanden. Die sozialen Einrichtungen der Organisation sind ein Bindemittel und die Solidarität steht hoch im Kurs.

Das ist nicht alles selbst geworden. Kollegen und auch Kolleginnen mußten sich dafür einsetzen, mußten werben, ringen und kämpfen. Vierzig, die nun schon 25 und mehr Jahre mitmachen, konnten bei der Jubilärfest geehrt werden. Der heute noch rüstige Kollege A. Kaletta gehört zu denen, die die Entwicklung der Zahlstelle mitmachen, und der mit den Kollegen F. Brettschneider, F. Ehrentraut und H. Tschirner dem ersten Vorstand angehörten. Viele Kämpfer deckt auch schon der kühle Rasen, darunter auch den auf einer Dienstreise 1927 dem Schlage erliegenden Kollegen und Geschäftsführer Willy Wolke, der im Jahre 1922 angestellt wurde. Am Schluß des Gründungsjahres gehörten 79 männliche und 5 weibliche Mitglieder zum Verband, 1919 waren es 156 männliche und 21 weibliche, nach dem Kriege ging es weiter aufwärts, mit der Verschmelzung 1926 kamen auch noch 300 Glasarbeiter hinzu, im Jahre 1929 waren 3100 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen aus 29 Betrieben in der Zahlstelle Bunzlau vereinigt.

Im Jahre 1930 setzte schon die Krise ein, die sich 1931 verschlimmerte. Elf Betriebe legten still. Gegenwärtig arbeiten in acht Betrieben noch 560 Personen, die anderen sind arbeitslos. In so einer Zeit zeigt sich so recht der soziale Wert der Organisation. Im Jahre 1931 wurden 75 000 RM an Unterstützungen ausgezahlt, dazu noch 3200 RM aus lokalen Mitteln für Noffälle. Das sind Leistungen, die sich sehen lassen können und auf die die Gewerkschaften stolz sein können.

Das 25jährige Bestehen ist am 6. Februar gefeiert worden, und die Reden, die von den Kollegen Max Elzner, Charlottenburg, Thieme, Breslau, Karl Hartmann, Ortsauschuß, und Max Schwarz für die Jubiläre gehalten wurden, waren eine Bestätigung für die geleistete Organisationsarbeit zum Wohle der Bunzlauer Arbeiterschaft und legten Zeugnis ab von dem starken Willen, nichts unversucht zu lassen, um auch die gegenwärtig bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden.

**Fraureuth**

**Mitglieder Achtung!**

Die Auszahlung der jeweiligen Verbandsunterstützung erfolgt nur jeden Sonnabend in der Zeit von nachmittags 2 bis 5 Uhr bei dem Kassierer Koll. R. Dietsch, Greizer Straße 17. Die Mitglieder sind verpflichtet, diese Geschäftszeit genau einzuhalten. Unterstützungen, welche nicht zur angegebenen Zeit abgeholt sind, können in Zukunft nur am nächstfolgenden Auszahlungstag abgehoben werden.

Mitglieder, welche wieder in Arbeit treten, haben Vollbeiträge zu zahlen; bei Kurzarbeitern verweisen wir im übrigen auf die Neuregelung der Beitragszahlung nach der Bekanntmachung des Hauptvorstandes im „Keramischen Bund“, Nr. 3.

Die Verwaltung, M. Klug, Vors.

**Ausschlüsse**

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a und d. in Verbindung mit § 11 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Deggeudorf, Johann N a c h t m a n n, Buchnr. 1 159 616.

**Arbeitsmarkt**

Stahlplatten werden nach Einsendung der Musterzeichnung sauber und billigst ausgeführt. Zusendungen erbittet Josef R a p p e r t, Schönwald 174, Oberfranken.

Erfahrener Hafens-, Düsen- und Stiefelmacher mit besten Fachkenntnissen sucht Stellung. Anschriften erwünscht an die Zahlstelle der Fabrikarbeiter Freiberg i. Sachsen.

## Die Kluff / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Bebber / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

(1. Fortsetzung.)

„Mir will's scheinen, als ob sie diesmal nicht nachgeben wird“, widersprach Royd. „Man nimmt offenbar das Gerüde von einem Generalstreik nicht ernst.“

„Und?“  
„Der springende Punkt ist: dürfen die übrigen Gewerkschaften die Bergleute zugrunde gehen lassen? Wenn sie es tun, dann mögen wir getrost für lange Zeit jegliche Hoffnung auf eine Verbesserung der Arbeiterlage begraben.“

Joan erhob sich, um Feuerung nachzulegen. Sie betrachtete nachdenklich das Kohlestück, das die Zange umklammerte, und meinte:

„Merkwürdiger Stoff, nicht wahr? Und um seine verborgenen Möglichkeiten — Licht und Kraft, Wärme, Parfüm und Heilssubstanzen — hadert man wie um einen schönen Knochen, den ein prähistorischer Kötter verloren hat.“

Noch immer hielt sie die Zange in der einen Hand, während der linke Arm auf dem Kaminsims ruhte und die weiße Stirn stützte. Royd zeigte äußerlich eine gelassene Ruhe, aber seine Kiefer schlossen sich fester um den Pfeifenstiel. Die Anmut ihres schlanken Körpers, das krause schwarze Haar über dem zarten Nacken stieg ihm zu Kopf. Er war physisch zu kräftig für das Leben, das er führte; der Uebergang von schwerer körperlicher Arbeit zu der sitzenden Lebensweise hatte sich zu jäh vollzogen, und obwohl seine Ehe eine durchaus glückliche und friedliche war, appellierte der wilde Ton in Joan an tiefe Feuer in seiner eigenen Natur. Es drängte ihn, sie zu nackten diesen lebendigen Körper an sich zu pressen. Und dennoch wäre er eher gestorben, als daß er eine Frau, die unter ihm arbeitete, in Verwirrung gebracht hätte. So riß er sich zusammen und fragte leichthin:

„Wie beurteilen Sie die Sachlage?“

Joan erwachte aus ihrer Versunkenheit. Zu sensitiv, um die Woge von Royds plötzlichem Begehren nicht zu spüren, bedrückte sie jetzt die Kleinheit des Zimmers.

„Alles hängt davon ab, ob die Regierung einen Kampf wünscht“, entgegnete sie langsam.

Royd paffte eine lange Rauchwolke vor sich hin.

„Baldwin will ihn wohl nicht. Der will überhaupt niemals etwas ganz positiv, außer, daß die Maschine irgendwie weiterläuft, womit sich, wie ich glaube, jeder konservative Minister zufrieden gibt. Freilich müßte er unerhörtes Glück haben, wenn ihm das heutigentags noch gelingt. Wie steht's mit Churchill?“

„An den denke ich gerade“, antwortete Joan. „Der Mann hat Vorstellungsvormögen, und mich dünkt, daß er auf ein Land mit gebrochenem Rückgrat — und dies bedeutet eine Niederlage der Bergleute — kaum hinarbeiten wird.“

„Hm...“ Royd beugte sich nach vorn, um die Asche seiner Pfeife am Rost auszuklopfen. Sie haben ihn nicht wie ich im Juli vergangenen Jahres gesehen, als der Premierminister im Unterhaus die Hilfsgelder ankündigte, damit der Generalstreik vermieden würde. Baldwin sprach mit Würde, aber Churchill konnte es sich nicht versagen, nach den Bänken der Arbeiterabgeordneten ein höhnisches „Abwarten“ zu zischen.“

„Schade, der Mann ist ein guter Hassler. Er hätte einen famos revolutionären Führer abgegeben.“ — Joan lachte —, „im Gehrock ist er allerdings wertlos!“

„Merkwürdig, daß er Ihnen gefällt, da er doch gar nichts von einem Frauenhelden an sich hat.“

„Nun ja, ein Scheich ist er just nicht. Aber es liegt etwas Wagehalsiges in ihm... ich meine, er weicht ein wenig ab von den meisten Männern, die alle über einen Kamm geschoren sind.“

„Die unerwartete romantische Sympathie einer roten Frau!...“ lachte Royd. Das Lachen tat ihm gut — es löste die Spannung in seinem Körper.

„Nicht weit her, diese Sympathie!“ wehrte Joan. „Ich werde ihn mit der größten Genugtuung an die Wand stellen lassen, wenn ich bei der nächsten Revolution einem revolutionären Gericht vorsitzen sollte. Wann fahren Sie nach London?“

„Heute nacht.“

„Darf ich mitkommen?“

„Und Ihre Arbeit?“  
„Im Moment liegt nichts vor. Die Verhandlungen in Rochdale habe ich durchgeführt: die Löhne der weiblichen und der niedrigst bezahlten männlichen Arbeiter werden verbessert. Wenn es übrigens zum Bruch kommt, scheidet die reguläre Gewerkschaftsarbeit ohnehin aus, und dann könnte sich Ihr kleines Organisationsmädchen vielleicht in Ihrer Nähe viel nützlich erweisen.“

„Joan, das kleine Organisationsmädchen! Wie rührend das klingt!“ scherzte er.

„Das soll es gar nicht!“ brante sie an. „Während ihr das Blut in die Wangen seht! Denn Joan erklärte stets, daß sie Frauenhaxe, die bei geschäftlichen Verbindungen vom Sex appeal Gebrauch machen, wobei es ihr in einer weiblichen Unbefangenheit gar nicht bewußt wurde, daß sie den Reiz, den sie auf Männer wie Royd ausübte, ebensowenig hindern konnte wie ihr Atemholen.“

„Wie steht's denn aber mit dem Trappistenkötter, nach dessen Adresse Sie sich vor kurzem erkundigten?“

„Aergern Sie mich nicht, William! Sagen Sie mir lieber, ob die Exekutiven eine kleine Privatsitzung abhalten wollen oder ob die Stäbe Zutritt haben?“

„Kommt es zum Generalstreik, so wird jeder bis zum Hals in Arbeit stecken. Doch ich denke...“ — dem erregten Mädchen schien er mit einer unerträglichen Langsamkeit zu sprechen —, „ich denke, daß Sie mir bereits in diesem Anfangsstadium von Hilfe sein können. Eine der üblichen Sekretärinnen würde nur eine Belastung bedeuten.“

„O William, Sie sollen leben! Ich werde Ihren Handkoffer tragen und Ihre Geheimbriefe tippen oder gegen Polizisten kämpfen oder jede andere kleine Aufgabe vollbringen, die Sie von mir verlangen!“

„Etwas sehr Langweiliges wie das Abfassen von Aufrufen und Rundschreiben dürfte eher in Frage kommen“, meinte er amüsiert. „Können Sie bis heute abend fertig sein?“

„Hör einer den Mann an!... Innerhalb von zwei Stunden kann ich mich für eine Reise nach Peking fertigmachen.“

„Gut. Der Zug fährt um Viertel nach zwölf; ich treffe Sie am Bahnhof.“

### II.

Als sie frühmorgens in London eintrafen, ging Royd zu einem Hotel in Southampton Row, während Joan eine Taxi nach dem Gordon Square nahm. Dort stand das Mary Maud Meadows gehörige Haus, zu dem Joan einen Schlüssel besaß.

Mary Maud war eine reiche Junggesellin und gehörte zu einem exklusiven Kreis von Schriftstellerinnen, die sich gegenseitig mit Ruhm überhäufelten, indem einer über die literarischen Produkte des anderen die Kritik schrieb. Sobald ein schmales Büchlein erschien, wurde es als ein neuer Tschechow, als ein noch tieferer Dostojewskij, als ein Wiederaufsprudeln der Quelle von Shelleys Geist begrüßt. Gar viele Menschen

lasen die Kritiken und nicht die Bücher; und da sie nur auf dem laufenden sein wollten, welches als aktuellstes Buch galt, räumte man dem Bloomsbury-Kreise das letzte Wort auf literarischem Gebiete ein.

Mary Maud schrieb weder Romane oder Rezensionen, noch malte sie Bilder moderner Schule. Sie kaufte. Liebenswürdig willigte sie ein, ihr Haus neu umgestalten zu lassen, sooft ein junger Künstler in den Kreis aufgenommen wurde, zeichnete Geld für Buchausgaben, finanzierte Vortragsabende, exzentrische Theateraufführungen — alles mit ziemlich objektiver Begeisterung. Aber sie hatte ein Talent für Freundschaften. Absolut ohne Sinn für Klassenunterschiede oder Reichtum, liebte sie es, Menschen zusammenzubringen, die einander von Wert sein konnten. Und sie war so gern erbtig, sich selbst, um anderen zu helfen, in endlose Mühen und Unruhe zu stürzen, daß ihre gewichtigen Bekannten beschämt danach strebten, gleichfalls zu helfen. Wenn die korpolente und ziemlich große Mary Maud in einem der von schicken Skeletten gefüllten Salons erschien, fühlte sich alle Welt zu ihr hingezogen — so gemächlich und glücklich sah sie aus, und mit fünfzig Jahren fürchte ihr hübsches Gesicht kaum ein Fältchen oder eine scharfe Linie.

Joan hatte ihren Lebensweg in Leeds gekreuzt, wo Mary Maud der Probeaufführung eines Stückes von noch größerer Ueberspannung als gemeinhin üblich beiwohnte und hinterher im Theaterklub einen erläuternden Vortrag hielt, der seinen Eindruck auf die geistige Elite von Leeds nicht verfehlte. „Wunderbar!“ „So modern...“ „Diese innere Wahrheit!“ raunte und wisperte es in den Reihen der Zuhörer, bis Joan den ganzen Klub in Bestürzung versetzte.



## Erziehung jüngerer Kolleginnen zur Mitarbeit

Es ist gewiß besonders schwer, die jugendliche Kollegin für die Gewerkschaft zu gewinnen. Die Ursachen hierzu sind zum größten Teil in der Erziehung der Mädchen zu suchen. Das Mädchen muß, sobald es dazu fähig ist, der Mutter im Haushalt helfen. Es muß sogar häufig bei Erwerbstätigkeit der Mutter tagsüber bei den jüngeren Geschwistern sozusagen Mutterstelle vertreten. Außerdem, so meinen die Eltern, wird das Mädchen später heiraten und frühe Betätigung im Haushalt kann ihm ja nur dienlich sein. Die spätere Ehe beschränkt neben vielen sozialen Momenten auch die freie Berufswahl der Mädels. Kann ein Beruf ergriffen werden, so sind es meistens solche, die recht bald zum Erwerb führen, oder solche die dem Mädchen auch nach der Verheiratung nützlich sein können. Meistens ist es in den Arbeiterfamilien so, daß das Mädchen, weil jüngere Geschwister da sind, oder weil der Bruder einen Beruf ergreifen soll, gleich nach der Schulentlassung mitverdienen muß. Alle Berufsträume müssen begraben werden und das Mädchen geht in die Fabrik. Es rechnet vielfach auch damit, daß die Arbeit in der Fabrik nur vorübergehend ist. Seine Bedeutung im Wirtschaftsleben kennt es nicht. Es weiß oft nicht, warum es so niedrigen Lohn bekommt und auch meistens nicht wie das besser werden kann. Die Reden der älteren Kolleginnen und Kollegen über Lohnforderungen oder Lohnabbau und andere Gewerkschaftsfragen versteht es nur teilweise. Selten hat jemand Zeit dazu, so ein Mädchen auf seine Gedankengänge eingehend, richtig aufzuklären. Auch die Eltern dahin lenken häufig das Interesse des Mädels von solchen „politischen“ Fragen ab. Nicht selten heißt es dann: „Das ist nichts für dich! Wenn du heiratest, brauchst du nicht mehr in Betriebe zu arbeiten, dann machst du deine Hausarbeit!“ — Abgesehen davon, daß das häufig nur ein Trugschluß der Eltern ist, muß ja das Mädchen auch als Hausfrau, sei es nur beim Einkauf, etwas vom Wirtschaftsleben verstehen. Bei Ausübung des Wahlrechts muß es auch etwas von Politik verstehen, wenn es richtig wählen soll. Gerade die Septemberwahl 1929 hat wieder gezeigt, daß viele Frauen aus politischer Unkenntnis den Parteien ihre Stimme geben, die gegen das Frauenwahlrecht und gegen die Frauenbewegung stets waren und auch heute noch in ähnlicher Heftigkeit dagegen laufen.

Es kommt sehr viel darauf an, schon den jungen Mädchen in Betriebe klar zu machen, welche Stellung sie in Staat und Wirtschaft einnehmen und so ihre Interessen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete gewahrt werden. Die Funktionäre im Betrieb können sich nun nicht so eingehend mit ihren jungen Kolleginnen unterhalten, denn hier soll und muß Erziehungsarbeit geleistet werden. Deshalb sollten sich unsere älteren Kolleginnen auch um die jüngeren kümmern. Die Erziehungsarbeit ist jedoch vornehmlich das Werk der gewerkschaftlichen Jugendgruppen. Dort lernt zusammen mit den jungen Kollegen das Mädchen (erst durch fröhliches Spiel und gemeinsame Wanderungen an die Jugendgruppe gewöhnt) in Arbeitgemeinschaften und Vorträgen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation kennen. Es wird dadurch zu einer

guten Mitarbeiterin für den Verband erzogen. Deshalb sollten alle Kollegen und Kolleginnen es auf unsere Jungenveranstaltungen aufmerksam machen. Das gesellige Zusammensein in den Jugendgruppen zieht sehr häufig Jugendliche in unsere Reihen, die durch die Funktionäre nicht zu gewinnen waren. Außerdem sollen größere Werbeveranstaltungen, die von den Jugendlichen selber ausgebaut werden, einige Male im Jahre stattfinden. Zu diesen werden auch die Eltern eingeladen, damit sie der Jugendarbeit besseres Verständnis entgegenbringen. Den Funktionären und Betriebsräten verbleibt die Arbeit, die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen immer wieder auf diese besonderen Jugendzusammenkünfte aufmerksam zu machen, um so die Jugendarbeit des Verbandes nach Kräften zu fördern. Sie tragen so dazu bei, daß junge Funktionärinnen und Funktionäre ausgebildet werden, die dann — je nachdem Befähigung und Willenskraft erzielt wurde — der Gewerkschaftsbewegung, sowie der Arbeiterbewegung überhaupt, großen Nutzen bringen können. Eise Röhren, Hannover.

## Dresden

### Funktionärinnen-Konferenz

Am 26. Januar 1932 fand im Volkshaus eine Funktionärinnen-Konferenz statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Vortrag des Herrn Direktors Ebert über: „Der Geburtenrückgang ein wirtschaftliches Zukunftsproblem.“ (Mit 32 Lichtbildern.)
2. Bericht der Arbeiterinnen-Agitationskommission über ihre Tätigkeit im Jahre 1931.
3. Wahl der Arbeiterinnen-Agitationskommission für 1932.
4. Verschiedenes.

An Hand anschaulicher Lichtbildermaterials gab Herr Direktor Ebert einen tiefen Einblick in die Entwicklung des Geburtenrückganges. Aus seinen Darlegungen war zu ersehen, wie außerordentlich katastrophal in den Jahren von 1901—1929, also in einer Zeit von 30 Jahren, sich der Geburtenrückgang, von volkswirtschaftlicher Seite aus betrachtet, in Deutschland vollzogen hat. Die Bewegung der Geburtenbeschränkung hat zuerst in den Großstädten angefangen und ist daher dort am weitesten fortgeschritten. Neuerdings nimmt auch die Geburtenhäufigkeit auf dem flachen Lande immer mehr und mehr ab. Gleichzeitig spielt auch die verminderte Sterblichkeitsziffer eine große Rolle. Im Jahre 1928 wurden 126 Kinder auf 1000 Einwohner geboren gegenüber dem Jahre 1913, wo 26,9 Kinder auf 1000 Einwohner geboren wurden. Der Frauenüberschuß, eine Folge des grausamen Krieges (5 Millionen), spielt hier ebenfalls eine Rolle. Loslösung der Frau; Eintreten in den Produktionsprozeß, Selbständigkeit. Hier betonte der Referent, daß noch ein sehr mangelndes Verständnis des Mannes vorhanden ist, die Frau in ihrer Arbeit mehr zu achten. Gleichzeitig wies er auf die Notwendigkeit betreffend Besetzung der Ämter mit weiblichen Kräften hin, die Tätigkeit der Frau als Schöpfung, Ärztin, Fürsorgerin usw. Die Diskussion war eine sehr rege, da der Vortrag arbeitsgemeinschaftlich aufgegriffen war. Nur bedauerlich kurz war die Zeit für

Ihre Äußerungen in der Diskussion waren charakteristisch. Das Stück, führte sie aus, ist ein elendes Machwerk. Der Autor hat nichts zu sagen und verstrickt sich selbst in Knoten, um das zu verbergen. Vor allem aber fehlt ihm jeder direkte Kontakt mit dem Leben. Neue Bühnennormen, so auffallend sie auch sein mögen, können nicht über die Leere, die der reallose Mangel an originellem Denken verursacht, hinweghelfen.

„Das Mädchen ist das einzige Hirn unter diesen Ignoranten!“ dachte Mary Maud und bestand darauf, daß Joan als ihr Gast zum Abendessen ins Hotel kam. Unter Mary Mauds gewinnender Herzlichkeit schwand gar bald die anfängliche Bockigkeit der jungen Sozialistin, und die an jenem Abend beginnende Freundschaft war beiden Frauen wert geworden, da meisten wohl der älteren, die, immer nach Berührung mit dem harten Leben suchend, Joans unnachgiebigen Realismus brauchte. Trotzdem ermaß das junge Mädchen schwerlich, welche ungeheuren Freundschaftsbeweihe ihr Mary Maud gab, als sie ihr die Schlüssel zum Haus am Gordon Square aushändigte. Denn inmitten einer Welt von sorglosen, unachtsamen Besuchern hatte Miß Meadows einen hartnäckigen Kampf geführt, um sich die Abgeschlossenheit ihres Heims zu wahren. Sogar die jüngste Leuchte der hypermodernen Literatur mußte erst telephonisch anfragen, ehe Mary Mauds französischer Zerberus Susanna ihn passieren ließ. Nur für Joan stand das Haus Tag und Nacht offen — weil sie hineinpaßte.

Leise drohte sie den Hausschlüssel um, stieg behutsam die Treppe hinauf und öffnete die Tür zu dem Zimmer mit dem breiten Balkon im ersten Stock. Die Stehlampe brannte noch. Auf dem Diwan lag, eingemummt in eine Decke, Mary Maud, deren Hand eine Zigarettenspitze festschloß, obwohl die Zigarette längst zu Asche verbrannt war. „Was gib's?“ fuhr sie hoch. „Wer ist da?“ (Fortsetzung folgt.)

ein so interessantes Thema. Den Bericht der Arbeiterinnen-Agitationskommission über ihre Tätigkeit im Jahre 1932 gab die Kollegin Heimann. Sie führte aus, daß durch die Rationalisierung die Frau immer mehr in den Arbeitsprozeß hineingezogen worden ist und genau wie der Mann als mitbestimmender Faktor in der Wirtschaft gilt. Sie fordert alle Funktionärinnen auf, mehr denn je sich an den Bildungsarbeiten und Kursen zu beteiligen. Sie wies auf die Wochenendkurse im Jahre 1931 hin, die in Kipsdorf stattfanden und den dort beteiligten Kolleginnen wertvolles Material übermittelten. Zum Verbandstag waren fünf Kolleginnen delegiert. Sie schloß ihre Ausführungen damit, indem sie die Kolleginnen aufforderte, für den gewerkschaftlichen Gedanken einzutreten und für unsere Interessen zu werben, um so bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Darauf folgte eine rege Diskussion.

Zur Wahl der Arbeiterinnen-Agitationskommission für 1932 wies Kollege Grafe mit Stolz auf unseren Ausbau der Agitationskommission hin. Dresden war die erste Zahlstelle, welche eine derartige Kommission ins Leben rief. Erst viel später folgten andere Zahlstellen nach. Durch die rege Mitarbeit der Kolleginnen der Agitationskommission sind manche Erfolge zu verzeichnen. Damit kommt gleichzeitig zum Ausdruck, wie notwendig eine solche Agitationskommission für unsere Frauenbewegung ist. Kollegin Wermuth brachte den Wunsch zum Ausdruck, die Kommission noch zu erweitern, zumal noch mancher Betrieb nicht vertreten ist. Dem wurde Rechnung getragen, es gelten die Kolleginnen Schneider, Fleischer, Locke, Buder als zugewählt.

Unter Verschiedenem wurde Stellung zur Wahl von Kolleginnen und Kollegen in die Ortsverwaltung genommen. Gleichzeitig wurde auf die durch die Kollegin Zammert-Hannover übermittelten Zirkulare hingewiesen. Kollege Grafe wies noch auf die Ueberwachung der Preissenkung hin und bat in Form von Preisangaben Material herbeizuschaffen, um so die Preissenkung mehr kontrollieren zu können. Es folgte wiederum eine rege Aussprache, an der sich die Kolleginnen Lindner, Heimann, Wermuth, Löhlein, Rüdiger und der Kollege Grafe beteiligten.

Mit einem Appell an die Funktionärinnen weiter wie bisher treu zur Organisation zu stehen und mitzuarbeiten, am weiteren Ausbau im Interesse der Frauenbewegung und Arbeiterbewegung überhaupt, wurde die Konferenz geschlossen. Margarete Schiller.

## Schriften und Bücher

Gemeinnütziger Verkehrs- und Reiseverlag Groß-Hamburg E. V. gab einen Reiseprospekt heraus, der bebildert ist und der alle notwendigen Reiseaufschlüsse enthält. Interessenten wollen sich an den genannten Verein in Hamburg, Nagelsweg 14, wenden.  
Das Februar-Heft der Zeitschrift „Die Büchergilde“ macht die größte Öffentlichkeit zum ersten Male mit einem Künstler bekannt, der es verdient, an die Seite eines Frans Masereel gestellt zu werden. Professor Karl Rössing, von dem die Büchergilde ein großes Holzschnittwerk „Mein Vorurteil gegen diese Zeit“ in Vorbereitung hat, ist in der vorliegenden Zeitschrift mit drei Arbeiten vertreten. Besonders eindrucksvoll und wirksam ist das Titelblatt „Die Republik probiert“. Das Heft enthält Beiträge u. a. von Fredrik Parrell und Otto Graf, und es zeigt die Preisabsetzung an, die den Monatsbeitrag für die Mitglieder der Büchergilde auf 90 Pf. festsetzt und damit eine Verbilligung der Bücher um 10 Proz. bringt. Die Zeitschrift wird den Mitgliedern monatlich gratis geliefert.